

Herausgeberin/Redaktion Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz Postfach 6136 3001 Bern Telefon 031 320 35 35 Fax 031 320 35 00 E-Mail info@fdp.ch Internet www.fdp.ch	Inserate TrisCom-Media AG Bündtenstrasse 10 4410 Liestal Telefon 061 926 93 33 Fax 061 926 93 30 E-Mail verkauf@ triscom.ch Internet www.triscom.ch	Layout/Druck NZZ Print Postfach 8021 Zürich Telefon 044 258 18 94 Fax 044 258 18 99 ISDN 044 773 11 15 E-Mail print@nzz.ch Internet www.nzzprint.ch
---	--	--

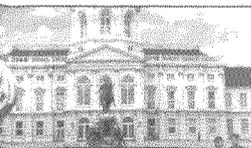
Offizielles Organ der FDP Schweiz.

28. Jahrgang. Erscheint monatlich.

Inhalt



Klimarappen
 Nationalrat Rudolf Steiner
 nimmt Stellung. **8**



Leserreise Berlin
 Provisorisches
 Programm. **11**

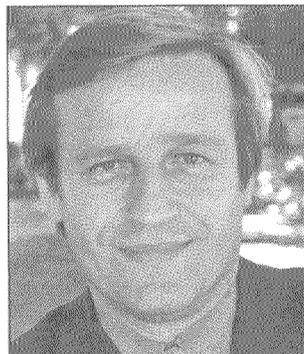


FDP-Frauen
 Marianne Dürst erfolgreich
 wiedergewählt. **16**

Für eine ehrliche Debatte über die Schweizer Staatsverschuldung

FDP-Vizepräsident Léonard Bender
 zum Schuldenberg des Bundes

Ständeräte gelten gemeinhin als vernünftige, umsichtige und der Sachpolitik verpflichtete Menschen. Umso erstaunter habe ich von einem Artikel des Waadtländer Ständerats Michel Béguelin (SP) zum Thema Staatsverschuldung Kenntnis genommen, der im «Le Temps» vom 10. Januar 2006 erschienen ist. Was sagt nun dieser Parlamentarier in seinem Artikel?



Léonard Bender

Von Léonard Bender,
 Vizepräsident der FDP
 Schweiz, Fully VS

Béguelin stellt die Behauptung auf, dass die Schweizer Staatsverschuldung, entgegen aller Beteuerungen des bürgerlichen Lagers, offenbar doch noch keine besorgniserregenden Ausmasse angenommen habe. Er stützt seine Aussage auf den am 3. November 2005 von der Schweizerischen Nationalbank (SNB) veröffentlichten Be-

richt zur Finanzrechnung 2003 der Schweiz, die zum ersten Mal nach europäischem Massstab beurteilt wurde. Was Béguelin den dort aufgeführten Daten entnimmt, mag auf den ersten Blick erstaunlich klingen. So beliefe sich unsere Gesamtverschuldung (Gesamtverschuldung des Bundes, der Kantone und der Gemeinden) angeblich auf 107 Milliarden Franken. Dies sei, so Béguelin, «viel weniger, als von den Bürgerlichen immer behauptet. So beträgt das Verhältnis zwischen Staatsverschuldung und BIP gemäss der internationalen Norm etwa 33%.

Eine sehr, sehr beneidenswerte Lage, um die wir, angesichts der internationalen Höchstgrenze von 60%, wohl auch tatsächlich beneidet werden!» Die politische Botschaft ist klar. Die «bösen» Bürgerlichen manipulieren die Statistiken und jagen dem Volk mit falschen, übertriebenen Zahlen Angst ein, um den angeblich so defizitären Staatshaushalt auf Kosten «der Mittelschicht, der Bauern, Jugendlichen und Rentner» zu sanieren. Warum betreibt die Neuenburger Linke denn weiterhin eine rigide Finanzpolitik, wenn es um die Finanzen gar nicht so schlecht bestellt ist? Die «Erkenntnisse» von Herrn Béguelin sind wohl noch nicht bis nach Neuenburg durchgedrungen. Wie dem auch sei, Michel Béguelin interpretiert die von ihm angeführten Daten falsch und sorgt mit seinen Äusserungen für einige Verwirrung. Es ist unstatthaft, einzig und allein die «Nettoschuld» des Staates (Bund, Kan-

tone und Gemeinden) zu berücksichtigen. Obwohl es richtig ist, dass auch das Staatsvermögen in die Gesamtrechnung einfließen muss, ist dessen Bilanzfähigkeit höchst problematisch. Die öffentlichen Haushalte trennen in diesem Zusammenhang klar zwischen Finanz- und Verwaltungsvermögen. Letzteres umfasst denjenigen Teil des Staatseigentums, der nicht veräussert werden kann, ohne den normalen Betrieb des öffentlichen Dienstes erheblich zu beeinträchtigen. So haben ein Gefängnis, ein Rathaus, eine Polizeistation und eine Autobahn natürlich alle einen finanziellen Wert. Aber eine verantwortungsvolle Regierung kann und wird nicht einfach die notwendige Infrastruktur des Staates verpfänden, nur um sich weiter verschulden zu können. Des Weiteren ist ein grosser Teil des Staatsvermögens nicht frei verfügbar und nur unter Be-

Fortsetzung auf Seite 2

Anzeige

Recht verstehen...
 Ihr Weg zum Recht.
 www.binderlegal.ch
 T 056 204 02 00
 T 062 832 10 50
Binder
 Rechtsanwälte

Fortsetzung von Seite 1

achtung strenger Auflagen veräusserbar (der Fall der Swisscom illustriert dies eindrücklich). Konsequenterweise stützt sich der Vertrag von Maastricht über die Staatsverschuldung (die «internationale Norm», auf die sich Michel Béguelin beruft) auch nicht auf das Verhältnis vom Bruttoinlandprodukt (BIP) und Netto-, sondern eben auf die Bruttoverschuldung des Staates (Gesamtvolumen aller aufgenommenen Kredite). Was für unser Land im Jahr 2003 eine Quote von 54% (234 Milliarden Franken für ein BIP von 434 Milliarden) und nicht von 33% ergibt, wie von Béguelin fälschlicherweise behauptet.

Die Bruttoverschuldung ist die aus finanzpolitischer

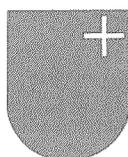
Sicht massgebende Messgrösse, denn sie bestimmt die Höhe der vom Staat zu tragenden Zinslast, welche die öffentlichen Haushalte stark belastet. Erschwerend kommt hinzu, dass die Zinssätze schwanken und nicht vom Staat kontrolliert werden können. Bei steigenden Zinssätzen führt dies zu erheblichen Mehraufwendungen. Im Jahr 2003 betrug die Zinslast 6,9 Milliarden Franken (bei einem durchschnittlichen Zinssatz von 2,9%), was Zinsen von 19 Millionen Franken pro Tag ergibt! Einen solchen Schuldenberg schönzureden und zu banalisieren ist verantwortungslos.

Man kann endlos über die «ideale» Höhe der Staatsverschuldung debattieren. Dennoch wird man um den Befund nicht herumkommen, dass deren Entwicklung seit Anfang der 1990er Jahre beängstigend ist. Allein die Schuldenlast des Bundes ist bis zum Jahr 2003 von 38 auf 124 Milliarden Franken gestiegen und hat sich damit mehr als verdreifacht. Deswegen muss es eine politische Priorität sein, dieser ungezügelten Ausgabenmentalität ein Ende zu setzen. Die Schuldenbremse wird zwar eine Verminderung der Neuverschuldungsquote ermöglichen, vorausgesetzt, das Wirtschaftswachstum entspricht auch den Erwartungen. Aber die Schuldenbremse ersetzt nicht den politischen Willen zum Sparen. Eine ehrliche, transparente und offene Debatte über die finanzielle Lage unseres Landes ist nötiger denn je. Indem Ständerat Béguelin die Staatsverschuldung und die daraus folgende Einschränkung



Schwyz

FDP Kanton Schwyz reicht Bürokratie-Initiative ein



Die FDP Kanton Schwyz sammelte in weniger als vier Monaten 3500 Unterschriften für ihre «Initiative für weniger Bürokratie». Notwendig wären lediglich 2000 Unterschriften gewesen. Das kantonale Volksbegehren, das vor kurzem bei der Staatskanzlei in Schwyz eingereicht wurde, verlangt unter anderem eine Verminderung der Regeldichte und eine wesentlich

geringere administrative Belastung der Unternehmen sowie nicht zuletzt auch für die Bürgerinnen und Bürger im Kanton Schwyz. Bei einer Annahme der Verfassungsinitiative steht der Gesetzgeber in der Pflicht, jedes einzelne Gesetz auf den Grundsatz «von weniger Bürokratie» zu überprüfen und die notwendigen Anpassungen in die Wege zu leiten. Unser Bild zeigt die FDP Kanton Schwyz bei der Einreichung der Unterschriften: Mark Steiner,

Präsident Jungfreisinnige Kanton Schwyz, Kuno Kennel, Präsident FDP Kanton Schwyz und Kantonsrat, Ursula Smolinski-Stäuble, Präsidentin FDP-Frauen Kanton Schwyz, Hans Messerli, Kantonsrat, Meinrad Bisig, Fraktionschef FDP Kanton Schwyz, Erwin Nigg, Kantonsrat, und Stefan Dettling, Sekretär FDP Kanton Schwyz (von links nach rechts).

der staatlichen Handlungsfähigkeit verharmlost, erweist er niemandem einen Dienst, nicht einmal seiner

eigenen Partei. Kein Land dieser Welt kann eine vernünftige und nachhaltige Politik betreiben, wenn

seine Finanzen aus dem Lot geraten und seine Verschuldung ins Unermessliche ansteigt!

Impressum

Schweizer Freisinn

28. Jahrgang
Erscheint monatlich in einer beglaubigten Auflage von 72 098 Exemplaren.

Herausgeber/Redaktion

Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz
Redaktion: Stefan Nobs
Für die Kantonsseiten die jeweilige Kantonalpartei.
Postfach 6136, 3001 Bern
Telefon 031 320 35 35
Fax 031 320 35 00
E-Mail zila@fdp.ch
Internet www.fdp.ch

Inserate

TrisCom-Media AG
Bündtenstrasse 10
4410 Liestal
Telefon 061 926 93 33
Fax 061 926 93 30
E-Mail verkauf@triscom.ch
Internet www.triscom.ch

Layout/Druck

NZZ Print
Postfach, 8021 Zürich
Telefon 044 258 18 94
Fax 044 258 18 99
ISDN 044 773 11 15
(alle Protokolle)
E-Mail print@nzz.ch
Internet www.nzzprint.ch

Die FDP muss sich nicht verstecken!

Rückblick auf die Gemeindewahlen vom 12. Februar im Kanton Zürich

Das Ergebnis der FDP bei den Exekutiv- und Legislativwahlen in Gemeinden und Städten des Kantons Zürich präsentiert sich bei genauer Betrachtung insgesamt besser, als erste Medienberichterstattungen gezeichnet haben.

Positiv ist, dass die FDP ihre Exekutivmandate in den Städten, darunter so bedeutende Zentren wie Zürich oder Uster, bis auf einen Sitz (Winterthur) verteidigen konnte. Für eine Partei mit einem durchschnittlichen Wähleranteil von 15% ist dies beachtlich.

Positiv ist überdies, dass die FDP in insgesamt 20 von 27 Gemeinden ihre Mandate halten und in fünf weiteren Fällen (Affoltern a. A., Birmensdorf, Horgen, Mettmenstetten, Mönchaltorf) sogar je einen Sitzgewinn verbuchen durfte. Lediglich in Otelfingen und Stadel musste man einen Sitzverlust hinnehmen, womit die FDP insgesamt aber immer noch einen beachtlichen Wahlerfolg von total plus drei Mandaten verzeichnen kann. Auch in der Bestellung der Gemeindepräsidien kann sich das Resultat der FDP-Vertreter sehen lassen. Ausser in einem Fall (Rü-

schlikon) konnten die Präsidien erfolgreich verteidigt werden. In Mönchaltorf gelang es sogar, das Amt des Gemeindepräsidenten zu übernehmen. Ebenfalls erwähnenswert ist das Erreichen eines zusätzlichen Sitzes sowie des Präsidiums in der Rechnungsprüfungskommission in Thalwil. Die Verluste in den Stadtparlamenten beruhen einerseits auf dem neuen Wahlsystem, andererseits aber auch auf einem gefährlichen, gesamtschweizerisch zu beobachtenden Trend in den Städten hin zu Mitte-Links-Regierungen. Dieser Trend liegt, wenn

man den Sorgenbarometer der Schweizerinnen und Schweizer zum Massstab nimmt, u. a. auch in einer politischen und wirtschaftlichen Verunsicherung begründet. Die FDP setzt sich deshalb weiterhin entschieden für die Schaffung neuer Arbeitsplätze und entsprechender Rahmenbedingungen ein. In diesem Zusammenhang sind eine bessere bürgerliche Zusammenarbeit und eine verantwortungsbewusste Politik gegenüber den zukünftigen Generationen unerlässlich. Die FDP wurde in ihrer konsequent freisinnigen Politik bestätigt, und die Partei

konnte insgesamt stabilisiert werden. Die FDP des Kantons Zürich dankt ihren Wählerinnen und Wählern für ihre tatkräftige Unterstützung. Sie haben einer verantwortungsvollen, fortschrittlichen liberalen Politik ihr Vertrauen ausgesprochen. Die FDP des Kantons Zürich wird in den nächsten Tagen die Wahlergebnisse einer vertieften Analyse unterziehen und den Wahlkampf für die kantonalen Wahlen in einem Jahr mit gestärktem Selbstvertrauen aufnehmen. ■



Die wiedergewählten FDP-Stadträte (Exekutive) der Stadt Zürich, Kathrin Martelli, Andres Türlér und Martin Vollenwyder (v.l.n.r.)

1930–1980 – Die Schweiz in der Brandung

Erinnerungen eines Zeitgenossen

Der ehemalige Parteisekretär der Berner FDP, Pierre Rom, hat bereits mehrere Schriften, vor allem politischer Art, verfasst (z. B. «Die lange Geschichte der Jurafrage» und «Politik geht uns alle an»). Sein jüngstes Werk heisst «1930–1980 – Die Schweiz in der Brandung» und zeigt die jüngere Schweizer Geschichte aus der Sicht eines Zeitgenossen.

Von Pierre Rom, alt
Parteisekretär FDP Kanton
Bern, Urtenen-Schönbühl

Jeder von uns hat schon erlebt, wie während einer Diskussion plötzlich ein Stichwort fällt, das uns kurzzeitig auf andere Gedanken bringt oder in eine andere Lage versetzt. So ein Stichwort fiel dem Autor in Zusammenhang mit dem viel diskutierten «Bergier-Bericht» ein. Es war nicht der Inhalt, der ihn störte, denn die eingesetzte Kommis-

sion durchleuchtete auftragsgemäss, aber aus heutiger Sicht und ohne grosse Berücksichtigung der Lage zu dieser Zeit nur einzelne Fakten der neueren Geschichte und nicht das ganze Geschehen. Nein, es waren die vielen Kommentare, die ihn ärgerten. Vor allem störten ihn die Vorwürfe an die Verantwortlichen jener Zeit – und damit auch an alle, die diese Zeit miterlebten – ohne sich genügend über die damalige Situation und Stimmung Rechenschaft zu geben.

Er stellte sich deshalb die Frage: Wie war es eigentlich damals, und was habe ich dabei empfunden?

Und er drehte den Film zurück. Er hat versucht, sich in die Zeit zurückzusetzen, in der er den Krieg als Heranwachsender hat kommen sehen und ihn als junger Mann erlebte. Dabei hat er erfahren, wie schwierig es ist, in die Vergangenheit zurückzublicken – auch wenn man sie selbst erlebte – und sich dabei von

der Gegenwart und ihrer Gedankenwelt ganz zu lösen. Seine Gedanken und Erinnerungen hat er mit Bildern aus der damaligen Zeit ergänzt. So ist nun eine Schrift entstanden, die keine geschichtliche Abhandlung sein soll. Sie erhebt auch keinen grossen Anspruch auf geschichtliche Genauigkeit, sondern ist nur eine lose zusammengestellte Sammlung persönlicher Erlebnisse und Empfindungen, welche einige Stimmungsbilder aus einer ernsten Zeit vermitteln.

Das Ergebnis seiner Betrachtungen wurde unter dem nebenstehenden Titel veröffentlicht. Das Buch ist in erfreulicher Weise auf reges Interesse gestossen.

Vielleicht möchten auch Sie einen Blick in unsere jüngere, aber schon bald wieder vergessene, oft verdrängte, aber doch wichtige Geschichte werfen. ■

Bezugsadresse:
Pierre Rom
Schützenmauerweg 12
3322 Urtenen-Schönbühl
Tel. 031 859 07 35
E-Mail: p.rom@surfeu.ch

Pierre Rom

Die Schweiz in der Brandung

ISBN 3-9522105-5-2,
Auf. 2005
Format 15,5x23 cm,
96 Seiten
Preis: Fr. 30.–,
+ Versandkosten



Bestellung (Sicherheitswesten)

Sicherheitsweste Fr. 15.–

Name: _____

Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Bitte einsenden an: FDP Schweiz, Werbematerial, Postfach 6136, 3001 Bern, Tel. 031 320 35 35, Fax 031 320 35 00. Siehe auch unter www.fdp.ch – Shop.

1930–1980 – Die Schweiz in der Brandung

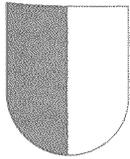
Aus dem Inhalt

- Die Wolken ziehen auf
- Die wehrhafte Schweiz
- Das grosse Schweigen
- Der Aktivdienst
- Die Schweiz als Zufluchtsland
- Die Wirtschaftsfront
- Das Leben im Alltag
- Die Nachkriegszeit
- 50 Jahre – Eine Bilanz

Im Anhang wichtige Daten im Umfeld des zweiten Weltkrieges, Nachwort und Bildnachweis.

Luzern

FDP = «Fire Departement»?



Am 2. Januar wurde FDP-Nationalrat Georges Theiler zum so genannten Fritschivater 2006 und Zunftmeister zu Safran erkoren. Dem Fritschivater fällt die hohe Ehre zu, den Startschuss zum Fasnachtstreiben in Luzern zu geben.

Die FDP Stadt Luzern bereitete dem neuen Fritschivater eine besondere Aufwartung. Mit einem blitzblank polierten Magnus-Deutz, Baujahr 1960, erfreuten die FDPler ein paar tausend Zuschauerinnen und Zuschauer entlang der Wegstrecke.

«FDP kennen wir auch bei uns in Amerika, das heisst Fire Departement», meinten amerikanische Touristen beim Vorbeigehen.

Die Frage, ob die FDP ihren schlagkräftigen Löschrupp auch gegen politische Brandreden im Dienste behält, wird erst nach der Fasnacht entschieden. ■



Baselland

Telefonieren und FDP finanzieren



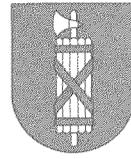
Die Schweizer Sporthilfe, der Kinderzirkus Robinson, der WWF und die

FDP Baselland haben etwas gemeinsam. Sie alle gehen neue Wege, um sich zusätzliche, dringend benötigte finanzielle Mittel für ihre Arbeit zu erschliessen. Wer mit profiTel telefoniert,

der spendet automatisch 10% seines Rechnungsbetrages an die von ihm ausgewählte gemeinnützige Organisation. Der am Jahresende zugeschickte Spendenauszug kann für die Steuererklärung benutzt werden, indem der gespendete Betrag als freiwillige Zuwendung abgezogen werden kann. ■

St. Gallen

Verkleinerung des Kantonsrats: Initiative kommt zustande



Die Initiative «120 Kantonsräte sind genug!» der FDP des Kantons St. Gallen kommt definitiv zustande. Am 16. Februar konnten über 9747 beglaubigte Unterschriften dem Departement des Innern übergeben werden; das vorgeschriebene Minimum von 8000 Unterschriften

wurde deutlich übertroffen. Die FDP erzielt damit einen ausserordentlichen Erfolg und beweist ihre Initiativfähigkeit. Nun wird das Volk darüber entscheiden können, ob es einen effizienteren und kostengünstigeren Kantonsrat haben möchte. Die Verkleinerung führt zu Einsparungen von jährlich mindestens 500 000 Franken. ■

Appenzell Ausserrhoden

Die FDP hat nominiert

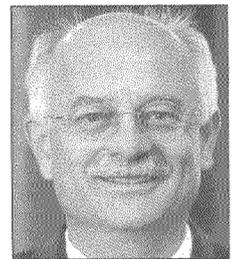


Für den – durch den angekündigten Rücktritt von Frau Landammann Alice Scherrer-Baummann (FDP) – frei werdenden Sitz in der Ausserrhoder Regierung schlägt die FDP Ausserrhoden den ehemaligen Kantonsrat und Kantonsratspräsidenten Peter Langenauer vor. Die Delegiertenversammlung hat ihn mit 66 zu 0 bei 1 Enthaltung eindrücklich für dieses Amt nominiert.

Für das Landammannamt präsentiert die FDP den amtierenden Regierungsrat Jakob



Peter Langenauer



Jakob Brunnschweiler

Brunnschweiler. Er wurde ebenfalls einstimmig zur Wahl empfohlen. ■

Thurgau

Fusionieren statt trennen



Im Jahre 1980 wurde die FDP Rickenbach-Wilen gegründet. Die beiden Ortschaften gründeten damals eine gemeinsame Ortspartei, weil es erklärtes Ziel der beiden Gründer, Paul Hug und Ruedi Schläpfer, war, die beiden Gemeinden auch politisch zusammenzuführen. Als sich die Stimmbürger von Rickenbach in einer denkwürdigen Abstimmung gegen einen politischen Zusammenschluss entschieden, hatte das auch innerhalb der FDP seine Folgen. Aus Enttäuschung über diesen Entschied Rickenbachs trennten sich die Wilener Ortsparteimitglieder und bauten eine Organisation auf. Paul Hug übernahm damals das Präsidium der OP

Wilen. In der Folge war ein weiterer Versuch, die beiden Gemeinden zusammenzuführen, zum Scheitern verurteilt. Aus «Rache» sagte diesmal Wilen Nein zu einem schulischen Zusammenschluss. Heute, acht Jahre nach dem politischen Entscheid, zeigt es sich, dass sich kaum jemand bereit erklärt, egal auf welcher Ebene, ein Amt zu übernehmen. Dies löste nach dem Rücktritt von Paul Hug innerhalb der FDP Wilen die Überlegung aus, wieder mit der OP Rickenbach zu fusionieren. Es ist nun Aufgabe der beiden OP-Vorstände, die «Scheidung», welche vor acht Jahren vollzogen wurde, wieder rückgängig zu machen. ■

Die neue «Bildungsverfassung»

Der lange Weg zur Neuordnung der Verfassungsbestimmungen über die Bildung – ein Blick zurück

Die Freisinnigen waren am Prozess zur Neuordnung der Verfassungsbestimmungen über die Bildung, welche am 21. Mai zur Volksabstimmung gelangt, massgeblich beteiligt. Der freisinnige St. Galler Regierungsrat Hans Ulrich Stöckling ist Präsident der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK), während FDP-Nationalrat Johannes Randegger die federführende Subkommission des Nationalrates präsidiert. Letzterer erläutert im folgenden Artikel die Entstehungsgeschichte der Vorlage.

Von Nationalrat Johannes Randegger, Präsident der Subkommission für eine neue «Bildungsverfassung», Basel

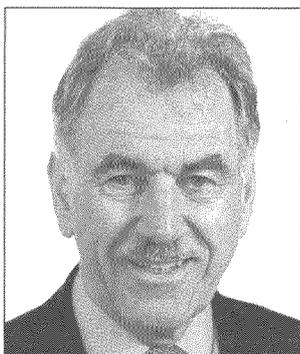
Ein Blick auf die Geschichte des schweizerischen Bildungswesens zeigt, dass es Veränderungsvorschläge in unserem mehrsprachigen Land bis auf den heutigen Tag immer sehr schwer hatten, eine tragfähige Mehrheit zu finden, und deshalb oft blockiert wurden. In der Bundesverfassung von 1848 finden wir nur gerade einen kurzen Artikel zum Thema Bildung, der lautet: «Der Bund ist befugt, eine Universität und eine polytechnische Schule zu errichten.» Der Primarschulunterricht liegt ganz in der Hand der Gemeinden und Kantone bzw. privater Trägerschaften. Am 12. Mai 1872 scheiterte eine Totalrevision der Bundesverfassung, welche u. a. die Kantone zu einem obligatorischen und unentgeltlichen Primarschulunterricht verpflichtet und dem Bund die Kompetenz zur Garantie minimaler Anforderungen an den Primar-

schulunterricht gegeben hätte.

Seit 1874 praktisch unverändert

Der Misserfolg jener Verfassungsreform schürte eine weit verbreitete Unzufriedenheit, welche die eidgenössischen Räte veranlasste, eine erneute Verfassungsreform zu verlangen. Der neue Revisionsentwurf enthielt den sogenannten «Schulartikel», der den Kantonen die Sorge für den obligatorischen und unentgeltlichen Primarschulunterricht zuweist und es dem Bund erlaubt, u. a. «höhere Unterrichtsanstalten zu errichten und solche Anstalten zu unterstützen». Mit der deutlichen Annahme der revidierten Bundesverfassung am 19. April 1874 wurde die heikle Kompetenzausscheidung zwischen Bund und Kantonen im Bildungsbereich – wie sich später zeigen sollte – für über hundert Jahre geregelt.

Erst der starke Ausbau des Bildungswesens seit dem Zweiten Weltkrieg und der Wunsch nach einem gesellschaftspolitisch, staatspolitisch und finanziell ver-



Johannes Randegger

stärkten Bundesengagement führte Anfang der 70er-Jahre zu einem neuen Entwurf für einen Bildungs- und Forschungsartikel mit Bundeskompetenzen zur Koordination der kantonalen Bildungssysteme. In der Volksabstimmung vom 4. März 1973 wurde der Bildungsartikel vom Volk zwar angenommen, jedoch scheiterte er knapp am Ständemehr.

Mit Ausnahme der verfassungsmässigen Verankerung des koordinierten Schuljahresbeginns im Jahre 1985 blieb es danach weiterhin ruhig im Bereich der Bildung.

Ein neuer Anlauf auf leisen Sohlen

Spätestens seit dem 30. April 1997 ist in Kreisen des Parlamentes und der kantonalen Erziehungsdirektoren diese Ruhe allerdings vorbei, denn an diesem Tag reichte Nationalrat Hans Zbinden seine zweite und diesmal vom Parlament unterstützte parlamentarische Initiative «Bildungsrahmenartikel in der

Bundesverfassung» ein. Bereits im August 2001 wurde ein Entwurf zu einem erneuerten Rahmenartikel vorgelegt, mit welchem dem Bund eine umfassende Rahmengesetzgebungskompetenz im gesamten Bildungswesen erteilt werden sollte. Die Erziehungsdirektorenkonferenz war nicht bereit, dem Bund solche Kompetenzen zuzugestehen, weil sie eine völlige Umkehrung der Kompetenzordnung befürchtete und sie die notwendige Aufrechterhaltung wichtiger Unterschiede zwischen den Sprachregionen gefährdet sah. Damit war die Phase eins abgeschlossen. Der Artikel war nicht föderalistisch-mustauglich!

Der neue Anlauf überwindet Partei- und Parlamentsgrenzen

Die zweite Phase begann in einer denkwürdigen Aussprache mit dem Vorstand der Erziehungsdirektorenkonferenz am 20. Dezember 2001. An dieser Sitzung wurde beschlossen, gemeinsam eine Revisionsvorlage auszuarbeiten. Der in der Folge erarbeitete neue Entwurf fasste sämtliche bildungsbezogenen Artikel 62–67 neu, weil sich das Ziel eines kohärenten, flächendeckenden, durchlässigen und qualitativ hoch stehenden Bildungsraumes Schweiz nur durch eine gesamthafte Betrachtung aller einschlägigen Verfassungsartikel erreichen lässt. In der Vernehmlass-

ung stiess dieser Entwurf auf ein grosses Interesse und löste grossmehrheitlich ein positives Echo aus. Die darauf folgenden Überarbeitungen und Debatten brachten die Erwartungen der Räte sehr deutlich zum Ausdruck: «Mit der neuen Bildungsverfassung sollen die Voraussetzungen geschaffen werden, dass die internationale Wettbewerbsfähigkeit des schweizerischen Bildungswesens – ausgehend von der Volksschule über die Berufs- und Hochschulausbildung bis zur Weiterbildung – den hohen Anforderungen der Wissensgesellschaft von morgen standhalten kann.» Insbesondere wurde mit Blick auf die Bedeutung der Berufsausbildung im Verfassungstext festgehalten, dass bei der Schaffung dieses kohärenten, flächendeckenden, durchlässigen und qualitativ hoch stehenden Bildungsraumes Schweiz die allgemein bildende und die berufsbezogene Ausbildung gesellschaftlich eine gleiche Anerkennung finden soll. Dies war denn auch die einzige wesentliche Änderung, die das – praktisch ohne Opposition – zustimmende Parlament an den neuen Verfassungsbestimmungen zur Bildung vorgenommen hatte. Damit war – nach über hundert Jahren Pause – der Weg frei für die Volksabstimmung über die «Neuordnung der Verfassungsbestimmungen zur Bildung» vom 21. Mai 2006. ■

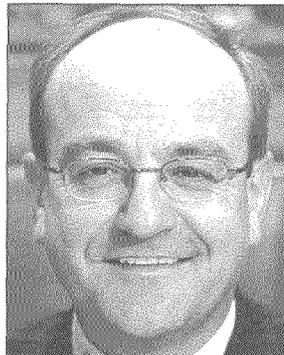
Aus dem Ratsprotokoll



Ruedi Noser (FDP)
im Nationalrat
am 5. 10. 2005



Christa Markwalder (FDP)
im Nationalrat
am 5. 10. 2005



Fritz Schiesser (FDP) im
Ständerat am 6. 12. 2005

«Wenn Volk und Stände über diese Verfassungsartikel schlussendlich abstimmen, dann soll das ein kräftiges Ja zu einer intelligenten Schweiz sein, die weiss, dass sie ihre Zukunft nur mit dem weltweit besten Bildungssystem sicher gestalten kann. Denn in einer globalisierten Welt wird sich der Wettbewerb um Arbeit, Wohlstand und Lebensqualität noch um einiges verstärken.»

«Mit der punktuellen Harmonisierung in den Bereichen Schuleintrittsalter, Schulpflicht, Dauer und Ziele der Bildungsstufen und deren Übergänge, Anerkennung von Abschlüssen werden Mobilitätshürden abgebaut, und die Chancengleichheit wird verbessert.»

«Die Vorlage, mit der wir uns heute befassen, gehört zum Kreis der Gesetzgebungsprojekte mit der grössten Tragweite in dieser Legislatur.»

Die Vorlage in Kürze

Im Dezember 2005 haben die Eidgenössischen Räte den Bundesbeschluss über die «Neuordnung der Verfassungsbestimmungen zur Bildung» verabschiedet. Diese Vorlage, auch bekannt unter ihrem Arbeitstitel «neue Bildungsverfassung», geht auf parlamentarische Initiativen aus den Jahren 1997 (97.419 Pa. Iv. Zbinden) bzw. 2003 (03.452 Pa.Iv. Plattner) zurück; sie ist eine entscheidende Voraussetzung zur Schaffung eines einheitlichen Bildungsraumes Schweiz. Wichtigstes Ziel dieser Revision ist die Pflicht zur Koordination und Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen im ganzen Bildungsbereich, von der Volks- bis zur Hoch-

schule. Schuleintrittsalter, Dauer und Ziele der verschiedenen Bildungsstufen und die Anerkennung der Abschlüsse sollen landesweit harmonisiert werden. Können sich die Kantone nicht einigen, soll der Bund nun die Kompetenz erhalten, die notwendigen Vorschriften zu erlassen. Auf Hochschulstufe sollen gemeinsame Organe von Bund und Kantonen geschaffen werden, welchen weitgehende hochschulpolitische Steuerungskompetenzen übertragen werden, beispielsweise im Bereich der Finanzierung der Hochschulen. Schliesslich soll der Bund im Bereich der Weiterbildung Grundsätze festlegen. ■

Schreiben Sie uns!

Sind Sie anderer Meinung als eine «Freisinn»-Autorin oder ein «Freisinn»-Autor? Brennt Ihnen ein aktuelles Thema unter den Nägeln? Schreiben Sie uns – wir geben Ihnen eine Plattform.

Folgende Regeln gilt es zu beachten:

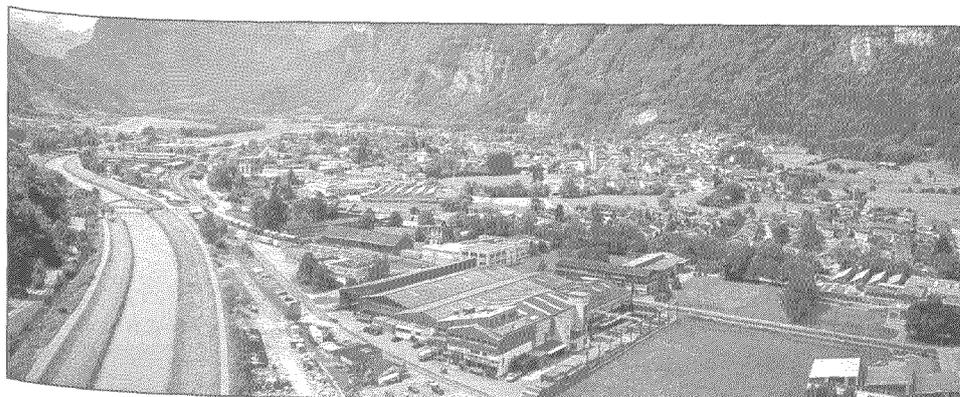
Je kürzer die Zuschriften, desto eher werden sie veröffentlicht. Die Redaktion entscheidet über Auswahl und Kürzungen. Es besteht kein Anspruch auf Veröffentlichung. Es werden ausschliesslich Zuschriften von eingeschriebenen FDP-Mitgliedern publiziert. Senden Sie Ihre Leserbriefe wenn immer möglich in elektronischer Form (E-Mail oder Diskette).

Leserbriefe einsenden an:

FDP Schweiz, Redaktion «Schweizer Freisinn»
z.H. Herrn Stefan Nobs, Postfach 6136, 3001 Bern
nobs@fdp.ch

Ordentliche Delegiertenversammlung der FDP Schweiz

am 31. März und 1. April 2006 in Glarus



Die zweitägige ordentliche Delegiertenversammlung der FDP Schweiz findet in diesem Jahr in Glarus statt.

Während am frühen Abend des 31. März die statutarischen Geschäfte und die Parolenfassung zur der am

21. Mai anstehenden Volksabstimmung zur «Neuordnung der Verfassungsbestimmungen zur Bildung»

stattfinden, so widmet sich der zweite Teil am Samstag, 1. April, einer vertieften Diskussion des Themas Bildung mittels Podien und Referaten. Ein entsprechendes Detailprogramm wird zu gegebener Zeit an die Delegierten verschickt. Die zahlreichen freisinnigen Bildungspolitikerinnen und

-politiker sind herzlich aufgerufen, an der DV in Glarus teilzunehmen und über die zukünftige Schweizer Bildungslandschaft mit zu entscheiden.

Bitte reservieren Sie sich die beiden Tage bereits jetzt in Ihrer Agenda und geniessen Sie zwei wunderschöne Tage in Glarus. ■

Der Klimarappen auf Brennstoffen

Ein echter Beitrag zum Klimaschutz

Damit die Erwärmung unserer Erdatmosphäre nicht weiter ungebremsst voranschreitet, wollen und müssen wir die CO₂-Emissionen weltweit senken – sowohl im Verkehrs- als auch im Gebäudebereich. Zur notwendigen Reduktion werden wir international durch das Kyoto-Protokoll und national durch das CO₂-Gesetz verpflichtet.

Von Rudolf Steiner, FDP-Nationalrat, Lostorf SO

Hinsichtlich der CO₂-Reduktion im Brennstoffbereich (Gebäudebereich, Heizungen) befindet sich die Schweiz erfreulicherweise auf gutem Weg – die Werte liegen heute dank verschiedener Massnahmen der Industrie und der Gebäudeeigentümer deutlich unter dem Referenzwert von 1990. Das per 2010 gesetzte Reduktionsziel verpasst der Gebäude- bzw. Brennstoffbereich deshalb nur knapp.

Klimarappen auf Treibstoffen (Verkehrsbereich)

Am 23. März 2005 hat der Bundesrat entschieden, auf Treibstoffen die Lösung «Klimarappen» einzuführen, die sich unmittelbar auf das CO₂-Gesetz abstützt. Seit dem 1. Oktober 2005 wird pro Liter Benzin und Diesel ein Klimarappen in der Höhe von 1,5 Rappen erhoben. Die Einnahmen fliessen in die Stiftung «Klima-

rappen», welche das Geld für konkrete, CO₂-senkende Massnahmen im Treibstoffbereich einsetzt.

Wirkungslose und teure CO₂-Abgabe auf Brennstoffen (Gebäudebereich)

Für den Brennstoff- bzw. Gebäudebereich hat der Bundesrat aus nicht nachvollziehbaren Gründen anders entschieden. Hier will er alle Gebäudeeigentümer und Mieter verpflichten, auf Brennstoffen (Heizöl und Gas) eine CO₂-Lenkungsabgabe von umgerechnet ca. 9 Rappen pro Liter Heizöl zu leisten. Die Höhe des Abgabesatzes unterliegt jedoch der Genehmigung durch das Parlament.

Anders als beim Klimarappen werden die Einnahmen aus der CO₂-Abgabe nicht in CO₂-senkende Umweltmassnahmen investiert, sondern «zweckwidrig» via AHV- und Krankenkassenfinanzierungen an Wirtschaft und Bevölkerung rückverteilt: eine klassische Umverteilungspolitik, die unserer Umwelt nichts nützen wird.

Zu berücksichtigen ist, dass sich seit Einführung des CO₂-Gesetzes im Jahre 1999 die Marktpreise für Heizöl massiv erhöht haben. 1999 lag der Preis für einen Liter Heizöl noch bei ca. 30 Rappen; heute bei ca. 80 Rappen. Der freie Markt hat damit in den letzten Jahren eine mehrfache faktische CO₂-Abgabe geschaffen, wodurch sich die «bundesrätliche» CO₂-Ab-



Rudolf Steiner

gabe nicht mehr rechtfertigen lässt.

Gemeinsam mit anderen Spitzenverbänden hat sich der HEV Schweiz seit Beginn der Diskussion nicht nur gegen diese teure und nutzlose «Umverteilungsabgabe» engagiert, sondern proaktiv nach einer wirkungsvollen und intelligenten Alternative für den Klimaschutz gesucht.

Die bessere Lösung heisst «Klimarappen auf Brennstoffen»

An der Pressekonferenz vom 20. Dezember 2005 hat der HEV Schweiz zusammen mit dem Schweizerischen Gewerbeverband (SGV) und wichtigen Wirtschaftsverbänden die Lösung präsentiert: den Klimarappen auf Brennstoffen («Klimarappen II»). Wie der Klimarappen auf Treibstoffen («Klimarappen I») stützt sich der Klimarappen auf Brennstoffen auf das CO₂-Gesetz.

Gegenüber der CO₂-Abgabe bietet der Klimarappen auf Brennstoffen drei entscheidende Vorteile:

1. Die Einnahmen aus dem Klimarappen werden zu 100% zweckgebunden für CO₂-senkende Massnahmen verwendet, insbesondere für notwendige energetische Gebäudesanierungen. Damit ist der Klimarappen II ein echtes, effizientes und nachhaltiges CO₂-Reduktionsinstrument für unsere Umwelt.
2. Der Klimarappen auf Brennstoffen erreicht mindestens das Ziel der CO₂-Abgabe, ist aber für Hauseigentümer und Mieter deutlich günstiger als die CO₂-Abgabe: er beträgt nur 1,6 Rappen pro Liter Heizöl bzw. 0,12 Rappen pro kWh Gas statt 9 Rappen pro Liter Heizöl.
3. Der Klimarappen II kann gestützt auf die Erfahrungen mit dem Klimarappen I ohne grosse administrative Verluste innert we-

nigen Monaten umgesetzt werden.

Umweltkommission des Nationalrates unterstützt den Klimarappen auf Brennstoffen

Diese Lösung hat die Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Nationalrates (UREK-N) überzeugt. An ihrer Sitzung vom 24. Januar 2006 hat sie die CO₂-Abgabe zurückgewiesen und stattdessen den Bundesrat beauftragt, binnen vier Monaten nach dem Entscheid des Parlaments eine Vereinbarung zur Einführung eines Klimarappens auf Brennstoffen (Klimarappen II) abzuschliessen. Der Entscheid der UREK-N stellt einen Etappensieg für den Klimarappen II dar. Jetzt gilt es, die National- und Ständeräte vom Klimarappen auf Brennstoffen zu überzeugen! ■

Eine Schweiz in Bewegung – Eine erfolgreiche Schweiz

Ihre Statements zählen!

Was bedeuten für Sie Freiheit, Verantwortung, Toleranz, Glück, Erfolg? Was ist für Sie die Schweiz? Warum sind Sie liberal? Machen Sie Ihre Meinung öffentlich und nehmen Sie an der Wertedebatte der FDP teil.

Auf der Internetseite www.wirliberalen.ch können Sie Ihr persönliches Statement abgeben und sich über die FDP-Strategie informieren.

«Ich bin liberal, weil Freiheit und Gemeinsinn die Grundpfeiler der sozialen Marktwirtschaft sind und es nur eine Freiheit mit sozialer Verantwortung in der Zivilgesellschaft gibt.»

Roland Widmer

«Sei dich selbst und lebe dein Leben. Mit allen Konsequenzen!»

Barbara Sidler

«Ich bin liberal, weil ich weitsichtig bin und an der Gestaltung der künftigen Schweiz mitarbeiten will.»

Thomas Verasani

«Wie können unsere Kinder in Zukunft ihr Leben frei gestalten und leben, wenn nicht WIR ihnen dies tagtäglich vorleben? Deshalb versuche ich als Mutter zweier Kinder alltägliche Situationen tolerant und liberal zu managen und ihnen damit den Horizont möglichst weit zu stecken.»

Christine Pezzetta

«Freiheit bedeutet für mich, die eigenen Vorstellungen, Wünsche und Meinungen auch öffentlich äussern zu können.»

Jochen Fischer

«Ich bin liberal, weil ich die Freiheit liebe.»

Hans-Rudolf Merz

«Ich bin liberal, weil ein freier Geist das beste Mittel gegen extreme Ansichten ist.»

Manuel Tönz

«Verantwortung heisst, auch für die AHV seiner Nachkommen zu kämpfen.»

Silvan D. Amberg



«Ich bin liberal, weil jeder die Chance haben soll, seines Glückes eigener Schmied zu sein.»

Christian Heydecker

«Ich bin liberal, weil Freiheit bedeutet, selber die Verantwortung für sein Leben zu übernehmen.»

Benedikt Oswald



Milchreis und Philosophie

Die neue Obwaldner Regierungsrätin im Gespräch

Am 31. Januar dieses Jahres wurde Esther Gasser (FDP) in stiller Wahl als Regierungsrätin des Kantons Obwalden gewählt. Die bisherige Kantonsrätin und Unternehmensberaterin stand dem «Freisinn» Red und Antwort.

«Freisinn»: Frau Gasser, vorab herzliche Gratulation zur Wahl als Regierungsrätin des Kantons Obwalden. Worauf begründet sich Ihre grösste Hoffnung, wenn Sie in die Zukunft blicken?

Esther Gasser: In Bezug auf Obwalden liegt zum jetzigen Zeitpunkt meine grösste Hoffnung in der

erfolgreichen Umsetzung des revidierten Steuergesetzes.

Was bereitet Ihnen die grösste Sorge?

Das politische Milizsystem wird für kleinere Gemeinden durch das fehlende Engagement qualifizierter Personen längerfristig schwieriger aufrechtzuerhalten.

Zur Person

Alter: 37

Beruflicher Werdegang:

- 2001–heute Unternehmensberaterin bei der Gewerbe-Treuhand in Luzern: Beratung von KMU-Betrieben (u. a. Durchführung von Unternehmenskäufen/-verkäufen, Nachfolgeplanungen, Führen von Strategieentwicklungsprozessen, finanzielle Unternehmensplanung usw.)
- 2001–heute Teilzeit-Dozentin am Schweizerischen Institut für Unternehmer (SIU)
- 1998–2001 Unternehmensberaterin bei der International Company Design AG, Beratung von Unternehmen im süddeutschen Raum im Bereich der Einführung von Managementsystemen (ISO 9001)
- 1998–2001 Teilzeit Handelsschullehrerin
- 1995–1998 Höhere Wirtschafts- und Verwaltungsschule Bern (HWV)
- 1993–1995 Kaufm. Angestellte bei der neuen Holzbau AG
- 1990–1993 Zusatzlehre als kaufmännische Angestellte
- 1987–1990 Ausbildung zur Damenschneiderin
- 1986–1987 Landwirtschaftsjahr in der Westschweiz

Politischer Werdegang:

- 2001–heute Kantonsrätin (Mitglied kantonsrätliche Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission, Mitglied Ratsbüro)
- 2000–heute Mitglied und Präsidentin der RPK Einwohnergemeinde Lungern

Liebste Tätigkeit: Tennis spielen

Lieblingessen: Milchreis

Mit wem würden Sie dieses Essen am liebsten einnehmen?
Bernhard Pfulg, meinem Ehemann

Welche Erfindung der Menschheit halten Sie für die wichtigste, welche für die entbehrlichste?

Entbehrlich ist für mich die Atombombe. Wichtige Erfindungen für die Menschheit gibt es unzählige. Eine, die ich für einen Meilenstein der Entwicklung halte, ist die Erfindung der grundlegenden Theorie der Elektrizität, die durch den Physiker Maxwell konzipiert wurde.

Was lieben Sie an der Schweiz?

Die direkte Demokratie. Die Vielfältigkeit der Landschaft, Sprachen und Kulturen.

Was missfällt Ihnen in unserem Land?

Der Trend zur Polemik in vielen Sachfragen.

Warum sind Sie bei der FDP?

Weil die FDP meine Wertvorstellungen in Bezug auf Eigenverantwortung, Freiheit und wirtschaftliches Handeln in einer modernen Schweiz am besten widerspiegelt.

Gäbe es einen Nobelpreis für eine(n) Politiker(in), wem würden Sie diesen verleihen?

Eine schwierige Frage, vermutlich würde ich Mahatma Gandhi für sein Lebenswerk des gewaltfreien Widerstandes auszeichnen.

Wodurch kann Sie eine Politikerin oder eine Politiker überzeugen?

Authentisches Denken und Handeln, Gradlinigkeit, Toleranz und Ehrlichkeit.

Was fällt Ihnen zum Thema Männer und Frauen ein?



Esther Gasser

Durch Vorbildfunktion in der Erziehung und eigenem Handeln die Chancengleichheit in allen Lebensbelangen anstreben.

Was möchten Sie am liebsten tun können, was Sie nicht können?

Singen und fliegen.

Was ist Ihre persönliche Schwäche?

Fehlender sportlicher Ehrgeiz.

Was ist Ihre persönliche Stärke?

Vielseitigkeit, strukturierte Vorgehensweise.

Welches Buch lesen Sie zurzeit?

Philosophie für Manager, Lebensweisheiten der letzten 4000 Jahre.

Was tun Sie, um sich fit zu halten?

Ski fahren, Tennis spielen.

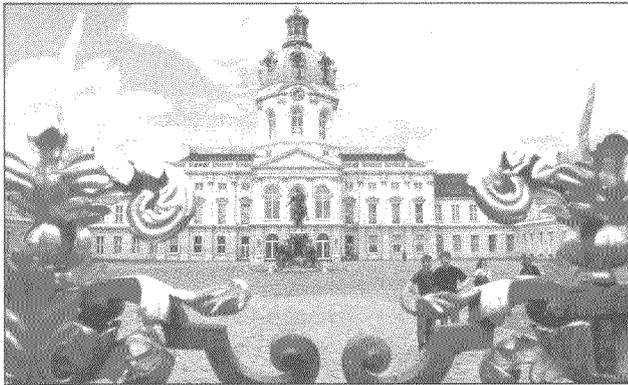
Das Gespräch mit Esther Gasser führte Stefan Nobs, «Freisinn»-Redaktor.

Berlin – Kultur, Politik und Architektur

Grobprogramm der Reise vom 18. Mai bis 21. Mai 2006

**Donnerstag,
18. Mai 2006**

Swiss-Flug von Zürich nach Berlin, Transfer zu einem **** Hotel in Berlin-Mitte. Gespräch mit dem politischen **Korrespondenten der «Neuen Zürcher Zeitung»** über den deutschen Regierungswechsel. Gemeinsames Mittagessen im Restaurant Käfer auf dem Dach des Reichstages. Am Nachmittag: Die Entwicklung des Regierungsquartiers aus der Sicht eines Journalisten. Gespräch mit **Bundestagsabgeordneten der FDP** im Reichstag. Besuch der aktuellen **Bundestags-Debatte** im Plenarsaal. Ge-



Poklekowski

meinsames Abendessen in der Innenstadt (fakultativ).

Freitag, 19. Mai 2006

Frühstücksbuffet im Hotel. Empfang in der **Bundespar-teizentrale der FDP**. Einführung in die Strukturen der deutschen FDP, den Regierungswechsel und die Arbeit in der Opposition. Gemeinsames Mittagessen in der Innenstadt. Am Nachmittag: Empfang in der **Schweizerischen Bot-schaft** und Gespräch über die bilateralen Beziehungen Schweiz-Deutschland. Anschliessend Treffen mit dem **Chefredaktor** der Tageszeitung **«Die Welt»**: die neue Regierung und die Erwartungen an sie. Abends

Besuch des grossen **Re- vuetheaters Friedrichstadt- palast** (fakultativ).

**Samstag,
20. Mai 2006**

Frühstücksbuffet im Hotel. Vormittag zur freien Verfü- gung. Nachmittags Besuch des **«Informations- und Do- kumentationszentrums der Staatssicherheit»**. Einblick einerseits in die Arbeit der Stasi, andererseits in die Arbeit der Gauck-Behörde, die die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes seit 1992 verwaltet und aufarbeitet. Anschliessend mit einem ehemaligen Unteroffizier der NVA Kommando Grenze zum **Check- point Charlie**, dem wohl be- kanntesten Ost-West- Übergang. Geschichte einer Desertation. Exklusives Abendessen im **Internati- onalen Club im auswärtigen Amt** mit Gästen aus Politik und Kultur.

**Sonntag,
21. Mai 2006**

Frühstücksbuffet im Hotel. Mit dem **Schweizer Städte- planer und Architekten Marc Jordi** unterwegs zu berühmten Berliner Bau-

Projekten: **Sony Center, Potsdamerplatz, Jüdisches Mahnmahl**. Anschliessend Berlin aus der **Schiff-Perspektive** erkunden: Ab Jan- nowitzbrücke bis **Schloss Charlottenburg** auf der Spree. Spaziergang durch die prächtige Parkanlage

von Schloss Charlotten- burg, das über Jahrhun- derte Sitz von Kurfürsten, Königen und Kaisern war. Zvieri in einem Gartenres- taurant an der Schloss- strasse. Transfer zum Flug- hafen Berlin und Swiss-Flug nach Zürich.

Leistungen:

- Flug Zürich–Berlin–Zürich mit Swiss (Touristenklasse)
- Berliner Welcomecard, gültig für alle Verkehrsmittel in Berlin
- Alle Transfers und Fahrten
- 3 Übernachtungen in einem 4-Sterne-Hotel in Berlin- Mitte, inklusive Frühstück, Service und Taxen
- Mahlzeiten gemäss Ausschreibung
- Führungen und Ausflüge gemäss Programm
- Reisebegleitung

Exklusiv:

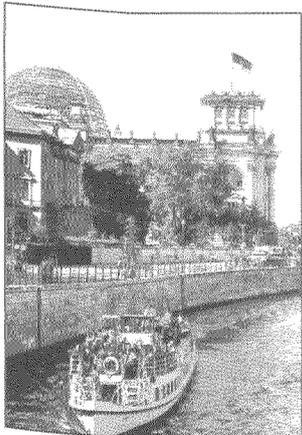
- fakultative Mahlzeiten
- Getränke
- Besuch Revuetheater
- Persönliche Ausgaben
- Annullationskostenversicherung
- Flughafentaxen
- Taxi
- Trinkgelder

Preis im Doppelzimmer pro Person: Fr. 1750.–

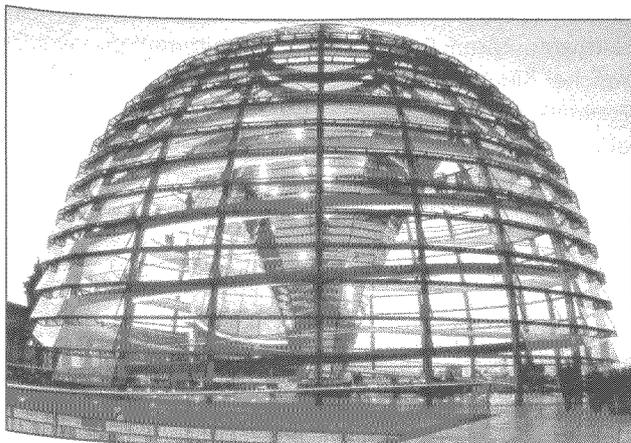
Einzelzimmerzuschlag: Fr. 320.–

Programmänderungen ausdrücklich vorbehalten.

Mindestteilnehmerzahl: 15 Personen



BTM/Fragasso



Poklekowski

Anmeldetalon)

- Ich melde mich definitiv für die Reise vom 18. bis 21. Mai 2006 an.
- Ich bin an der Berlin-Reise interessiert. Bitte schicken Sie mir weitere Unterlagen.

Name/Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ/Ort: _____

E-Mail: _____

Unterschrift: _____

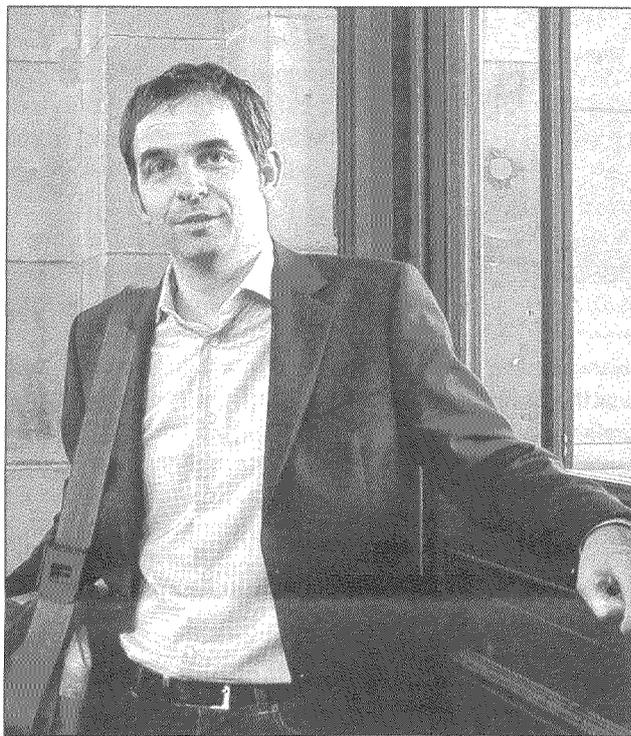
Einsenden an: FDP Schweiz, Redaktion Schweizer Frei- sinn, Postfach 6136, 3001 Bern oder an nobs@fdp.ch

Besonnenheit und Standfestigkeit sind gefragt

Zur Debatte um die Mohammed-Karikaturen

Die Proteststürme in der islamischen Welt gegen die Mohammed-Karikaturen haben im Westen grosse Besorgnis ausgelöst. Entsprechend vorsichtig äussern sich Regierungsvertreter, um ja kein weiteres Öl ins Feuer zu giessen. Dabei ist festzustellen, dass das Verständnis für die Proteste zuweilen grösser ist als die Standfestigkeit gegenüber liberalen Freiheitsrechten.

Von Jon A. Fanzun,
Politischer Sekretär FDP
Schweiz



Jon A. Fanzun

Im vergangenen Sommer suchte ein dänischer Kinderbuchautor einen Illustrator für ein Buch, in dem das Leben des Propheten Mohammed für Kinder erzählt werden sollte. Die angefragten Illustratoren winkten alle ab, da sie sich wegen des islamischen Verbots, den Propheten abzubilden, nicht exponieren wollten. Dies rief die dänische Tageszeitung «Jllands Posten» auf den Plan. Ende September 2005 publizierte die Zeitung zwölf provokative Karikaturen des Propheten Mohammed.

Rund vier Monate später stürmen bewaffnete Palästinenser das EU-Büro in Gaza, deutsche und französische Einrichtungen gehen in Flammen auf. In Beirut, Damaskus und Teheran

werden die Botschaften Dänemarks, Schwedens, Norwegens und Österreichs angegriffen und deren Nationalflaggen verbrannt. In Protestaktionen, Boykottaufrufen und Gewaltakten verschafft sich die Empörung über die Karikaturen und die Wut gegen den Westen Luft.

Kein Kampf der Kulturen

In Europa reiben wir uns verwundert die Augen und fragen uns, wie zwölf Karikaturen, die nur wenige Muslime in der Welt überhaupt gesehen haben, so viele islamische Länder in Aufruhr versetzen können. Gleichzeitig wächst die Besorgnis vor Racheakten

und vor einem «Kampf der Kulturen»; eine These, die der amerikanische Politologe Samuel Huntington vor einigen Jahren aufgestellt hat.

Die Bilder des Fanatismus und des Hasses, die uns aus verschiedenen muslimischen Ländern erreichen, sind zweifellos besorgniserregend. Es stellt sich aber die Frage, ob dies tatsächlich Ausdruck eines Kampfs der Kulturen ist. Folgende zwei Argumente sprechen gegen die Gültigkeit von Huntingtons These:

Erstens ist es nicht so, dass die ganze islamische Welt in Flammen steht. Vielmehr ist es in einigen Ländern, wie zum Beispiel

Ägypten oder Marokko, ruhig geblieben. Die Proteste sind deshalb weniger Folge spontaner Erregung, sondern vielmehr das Ergebnis gezielt entfachteter Wut. Regime wie im Iran oder in Syrien haben durchaus ein Interesse, antiwestliche Resentiments zu schüren, um von innenpolitischen Problemen abzulenken.

Zweitens gilt es Differenzen wahrzunehmen. So wie es im Westen extremistische Strömungen gibt, gibt es in der muslimischen Welt besonnene Kräfte, wie etwa die Geistlichen, die versuchten, beschwichtigend in die Ausschreitungen einzugreifen. Dementsprechend ist die Sichtweise, wonach die Kluft zwischen dem Westen und der muslimischen Welt verläuft, unzutreffend. Liberale Werte und islamischer Glaube stehen sich nicht per se antagonistisch gegenüber, sondern lassen sich durchaus vereinbaren. Die derzeitige Auseinandersetzung ist nicht zuletzt eine zwischen liberalen Staaten und autoritären Regimen, welche ihrer Bevölkerung Freiheitsrechte wie die Meinungsfreiheit weitgehend vorenthalten.

Werte verteidigen

Angesichts der kruden und plumpen Karikaturen ist es verständlich, dass gläubige Muslime gegen diese protestieren. Jede Religion hat Anrecht auf Respekt. Es geht deshalb nicht an, dass

religiöse Gefühle vorsätzlich verletzt werden. Die Meinungsfreiheit beinhaltet nicht das Recht, Religionen zu diffamieren oder zu dämonisieren. Es ist deshalb verständlich und angezeigt, wenn westliche Regierungen und Kommentatoren auf das Recht des gewaltfreien Protests verweisen und damit versuchen, einen Beitrag zur Deeskalation des Konflikts zu leisten.

Allerdings dürfen die Tatsachen nicht durcheinander gebracht werden. Kein Däne hat den Islam angegriffen. Vielmehr wurden dänische und andere westliche Einrichtungen angegriffen und tragende Prinzipien der Demokratie im Namen des Islams diffamiert. Der deutsche Politologe Hubert Kleiner hat Recht, wenn er in diesem Zusammenhang mahnt, diese Tatsachen nicht «verständnisvoll durcheinander zu bringen oder gleichzusetzen», da solche Formen des Verständnisses unangebracht seien und niemandem weiterhelfen.

Aus dem Gesagten folgt, dass auf antiwestliche Provokationen besonnen und differenziert reagiert werden sollte, ohne aber die eigenen Werte zu verleugnen. Es darf nicht sein, dass wir angesichts der wütenden Proteste die Meinungs- und Pressefreiheit zu relativen Werten erklären. Es geht dabei nicht um den Inhalt oder die Qualität der um-

strittenen Karikaturen. Denn der Gehalt der Meinungsfreiheit ist es, Meinungen nicht nach deren Inhalt zu beurteilen und zu zensurieren (die juristische Beurteilung bleibt natürlich vorbehalten).

Wer sich im konkreten Fall für die Meinungsfreiheit einsetzt, verteidigt keine spezifischen Inhalte, sondern ein tragendes Prinzip der Demokratie. Es war vielleicht nicht klug, die plumphen Karikaturen zu drucken, aber in einer Demokratie muss man es dennoch tun dürfen. Schliesslich bleibt hinzuzufügen, dass Länder wie der Iran und Syrien, die sich derzeit als Verteidiger der Rechte von Muslimen in Europa gebärden, ihrer eigenen Bevölkerung das Recht auf freie Meinungsäusserung weitgehend verweigern. Dies, obwohl sie völkerrechtliche Verträge, die dieses Recht postulieren (namentlich den UNO-Pakt über bürgerliche und politische Rechte), ratifiziert haben.

Neutralität ist kein Schutz

Geht uns in der Schweiz der gegenwärtige Karikaturen-Streit etwas an? Wenn man auf die offiziellen Reaktionen abstellt, könnte man meinen, dass die Antwort auf diese Frage Nein lautet. Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA), das mit Medienmitteilungen ansonsten nicht geizt, hüllte sich bisher weitgehend in Schweigen und liess bisher mittels Communiqué lediglich verlauten, dass die Schweiz von der libanesischen Regierung die Zusage erhalten habe, dass schweizerische Inte-

ressen im Libanon gewahrt seien. Des Weiteren versicherte das EDA den islamischen Gemeinschaften in der Schweiz und überall in der Welt den grössten Respekt gegenüber ihrem Glauben.

Zu einer klaren Verurteilung der Übergriffe auf europäische Einrichtungen und zu einem Wort der Solidarität mit den betroffenen europäischen Staaten konnte man sich bisher nicht durchringen. Im Gegenteil!

Auf die Frage in der Sendung «10 vor 10» vom 7. Februar 2006, ob die Schweiz sich mit den Dänen solidarisiert sollte, antwortete Bundespräsident Moritz Leuenberger, dass die Rolle der Schweiz nicht darin bestehe, für die eine oder andere Partei Stellung zu beziehen. Die Schweiz sei schliesslich nicht Mitglied der EU, habe ein spezifisches Neutralitätsbewusstsein und sei in der Vergangenheit immer wieder als Vermittlerin aufgetreten.

Eine solche Haltung ist aus liberaler Sicht nicht akzeptabel und widerspricht auch dem in zahlreichen Berichten und Reden vertretenen bundesrätlichen Credo, wonach die Schweiz von denselben Problemen wie ihr europäisches Umfeld betroffen sei, weitgehend dieselben Interessen verfolge und dieselben Werte teile. Wenn Gefahr im Anzug ist, scheint dieses Bewusstsein für gemeinsame Interessen und Werte schnell zu schwinden und einer «Sonderfallmentalität» Platz zu machen, die vorgibt, die Schweiz könne sich dank ihrer Neutralität aus allen Wirrnissen auf der Welt heraushalten und ihr als Vermittlerin dienen.

Wer glaubt, dass eine solche Gesinnungs-Neutralität vor Angriffen schützt und eine taugliche aussen- und sicherheitspolitische Strategie ist, der irrt. Wenn es hierfür eines Beweises bedurfte, wurde er mit der Vertreibung der Internationa-

len Beobachtermission in Hebron (Temporary International Presence in the City of Hebron, TIPH) erbracht. Die Angriffe richteten sich nicht gegen Angehörige einzelner Staaten. Die Beobachter aus Norwegen, Dänemark, Schweden, Italien,

der Türkei und der Schweiz mussten sich allesamt und gemeinsam zurückziehen. Was lehrt uns dies? Alle Menschen, die sich für eine liberale Gesellschaft einsetzen, sind derzeit Dänen. ■

Die **Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP)** sucht per 1. Mai oder nach Absprache zur Besetzung einer 80%-Stelle eine/einen

Kommunikations-Assistentin/-Assistenten

Ihr Aufgabenbereich:

- Redaktion des «Schweizer Freisinns» und Koordination mit den Kantonalparteien
- Organisation von Veranstaltungen (z.B. Delegiertenversammlungen)
- Betreuung von Informationssystemen (Agenden usw.)

Ihr Profil:

- Sie verfügen über journalistisches Flair und vorzugsweise Erfahrung im Journalismus
- Sie sind gewandt im Umgang mit EDV (Microsoft-Produkte)
- Sie haben organisatorisches Talent und Durchsetzungsvermögen
- Sie beherrschen Deutsch/Französisch in Wort und Schrift
- Sie interessieren sich für Politik
- Sie bewältigen unvorhergesehene Situationen und behalten auch in hektischen Momenten die Übersicht
- Sie sind zeitlich flexibel, kundenorientiert, teamfähig, loyal und belastbar

Falls Sie diese interessante Aufgabe am Puls der Schweizer Politik in einem jungen Team interessiert, freuen wir uns auf Ihre Bewerbung.

Die üblichen Unterlagen richten Sie bitte an die FDP der Schweiz, Pressechef Christian Weber, Leiter Organisation und Kommunikation, Postfach 6136, 3001 Bern, Mail weber@fdp.ch, Tel. 031 320 35 35.

FDP

Freisinnig-Demokratische Partei

Steuerwettbewerb im Landesinteresse

Wettbewerb nicht unterbinden

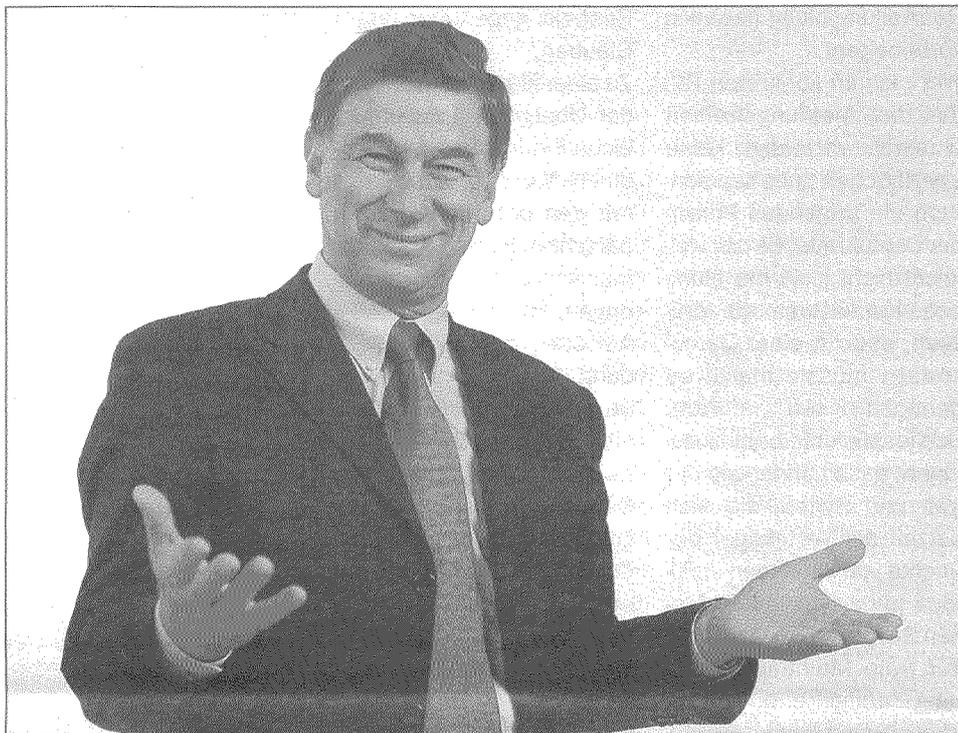
Niemand möchte den historisch einmaligen Fortschritt der Marktwirtschaft, vor allem seit dem 2. Weltkrieg, missen. Wohlstand und Lebensqualität sind in einem bisher nie gekannten Ausmass gestiegen. Wettbewerb, Privateigentum und direkte Demokratie haben sich als Grundpfeiler einer freiheitlichen Ordnung bewährt. Diesem Erfolg zum Trotz stehen diese Leitplanken immer wieder unter Beschuss. Mit Ideologie werden Fakten verdrängt und Zusammenhänge ausgeblendet.

Von FDP-Nationalrat Gerold Bührer, Thayngen (SH)

Unter dem Schlagwort des Marktversagens wird politisch immer wieder versucht, den Wettbewerb zu unterbinden. Das Resultat solcher Eingriffe ist allerdings meistens ernüchternd. Die im sogenannten höheren Interesse amputierte Marktwirtschaft verliert früher oder später an Dynamik. Die politisch breitspurig gemachten Versprechen können denn auch kaum eingelöst werden. Abschreckende Beispiele sind die überreglementierten Arbeits- und Agrarmärkte oder aber eine zentralistische Finanz- und Steuerordnung. Jene Länder, die sich dem Standortwettbewerb nicht stellen, geraten früher oder später in Schiefelage. Im Gegensatz zur linken Dialektik zahlen in erster Linie jene Menschen, welche man zu schützen vorgibt, die Zeche. Es kann zwar kurzfristig populär sein, sich dem Anpassungsdruck des Wettbewerbs zu entziehen. Mangelnde Konkurrenzfähigkeit, verbunden mit niedrigem Wachstum und hoher Arbeitslosigkeit sind jedoch letztlich

die Folgen einer derartigen Politik.

Der grosse Lärm um den mit 86% gefällten Volksscheid im Kanton Obwalden ist daher weder politisch noch volkswirtschaftlich zu erklären. Politisch hat nach Schaffhausen ein weiterer kleiner Kanton mit innovativen Massnahmen versucht, die Finanzkraft zu stärken und somit der Bevölkerung zu dienen. Man mag über den Stellenwert degressiver Tarife diskutieren. Das Bundesgericht ist in dieser Frage aber kaum der ideale Adressat. Wenn schon, bedarf es eines politischen Entscheides. Und dieser sollte mit Respekt auf den hohen Wert der direkten Demokratie und der materiellen Steuerhoheit der Kantone zugunsten des unmissverständlichen Volksscheides ausgehen. Sollte das Bundesgericht gestützt auf Art. 127 der Verfassung hier eine Verletzung des Prinzips der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit anmahnen, müsste letztlich die Frage vom Gesetzgeber gelöst werden. Das in der Verfassung verankerte Prinzip lässt aber zweifellos verschiedene



Gerold Bührer

Belastungsmodelle bei der Besteuerung der Einkommen und Vermögen zu.

Steuerwettbewerb nützt der Allgemeinheit

Der Steuerwettbewerb wird von linker Seite immer wieder als unsozial verworfen. Ja es wird sogar von ruinösem Steuerwettbewerb gesprochen. Die Frage, was die Konkurrenz bezüglich Steuern den Menschen auch mit niedrigen und mittleren Einkommen bringt, ist zweifellos legitim. Die Antwort ist aufgrund der Daten aber ebenso klar: Steuerwettbewerb, selbstverständlich verbunden mit einer klugen Politik in anderen Bereichen, bringt der Allgemeinheit wesentliche Vorteile. Im Gegensatz zu den Schlagworten der SP

war vielmehr eine steuerliche Einheitskost mit einer steigenden Steuerspirale für die Bevölkerung ruinös. Von daher gesehen wäre es absolut falsch, das ohnehin schon schmale Korsett der Kantone weiter einzuzengen.

In Europa sind es in erster Linie die Hochsteuerländer, welche rekordhohe Arbeitslosenraten produzieren. England, Irland oder aber auch ein Teil der skandinavischen Länder, welche mit verschiedenen steuerlichen Anreizen beispielsweise auf Unternehmensebene gearbeitet haben, weisen deutlich tiefere Arbeitslosenraten als der Durchschnitt der EU aus. Die Attraktivierung der Steuerpolitik hat sich für das Volk ausbezahlt. Die Zeche dagegen zahlte die Bevölke-

rung in den Hochsteuerländern.

Wettbewerb und eine niedrige Belastung hat aber auch einen positiven Effekt auf die öffentlichen Haushalte. Ganz im Gegensatz zur linken Doktrin sind es in der Regel nicht die Länder mit niedrigen Steuern, welche hohe Defizite und Schulden hervorbringen. So ist beispielsweise die Verschuldungsquote in den Volkswirtschaften mit niedrigen Steuern in der Regel wesentlich tiefer als in Hochsteuerländern.

Ein Blick auf die Schweizer Kantone ergibt ein ähnliches Bild. Wie sonst als mit einer innovativen Steuerpolitik hätten sich beispielsweise die inner-schweizer Kantone an die Spitze bewegen können? Analysiert man die Daten

über mehrere Jahrzehnte, so ist eindeutig, dass der Steuerwettbewerb eine zentrale Säule für die einzigartige Wohlstandsentwicklung war. Davon haben aber dank der Ansiedelung ertragskräftiger ausländischer Firmen und Privatpersonen auch andere Kantone erheblich profitieren können.

Steuerspirale wirtschaftlich und sozial ruinös

Steuerungerechtigkeit, die Finanzierung der öffentlichen Haushalte und die Wettbewerbs- und Wachstumsverträglichkeit sind zweifellos die übergeordneten steuerpolitischen Ziele. Eine Politik, welche der Konkurrenzfähigkeit nicht Rechnung

trägt, kann weder für die öffentlichen Haushalte noch für das Wachstum und ein hohes Beschäftigungsniveau dienlich sein. Die Politik der SP, welche in Richtung steuerlicher Gleichschaltung und massiv höherer Steuern geht, würde daher auch dem Fiskus selbst letztlich Schaden zufügen. Ruinös ist

eine solche Politik aber vor allem für den Wirtschaftsstandort Schweiz und die Bevölkerung. Gerade unser Land mit seinem hohen Kostenniveau ist mehr denn je auf die steuerliche Wettbewerbsfähigkeit angewiesen. Wer mit ideologisch gefärbten Schlagworten solche Realitäten ausblendet und dem Volk rosarote Versprechungen macht, betreibt eine Politik der Illusionen.

Steuerwettbewerb und niedrige Steuern sind nicht Selbstzweck, sondern haben dem Land und der Bevölkerung zu dienen. Der Steuerwettbewerb und das Bestreben, die Steuerbelastung nicht ins Kraut schieszen zu lassen, hat gerade der Schweiz viel gebracht. Über die Steuern hinaus hat der interkantonale Wettbewerb auch einen disziplinierenden Effekt auf der Ausgabenseite. Mit anderen Worten, die Bürgerinnen

und Bürger profitieren davon, dass die öffentliche Hand bestrebt bleiben muss, gemessen am Kosten-Nutzen-Verhältnis optimale Lösungen zu finden. Eine steuerliche Einheitskost und die Ausschaltung der Innovation hätte von daher auch negative Folgen auf das Ausgabengebare und die Verschuldung. Anstatt mit dem Steuerwettbewerb Bewährtes über Bord zu werfen, tun wir gut daran, diesen Trumpf unseres Landes unter allen Umständen zu verteidigen. Eine zentralistische Finanz- und Steuerpolitik würde nicht nur den Föderalismus aus den Angeln heben, sondern das beneidenswert starke wirtschaftliche Fundament und die hohe Lebensqualität unseres Landes massiv beeinträchtigen. ■

Medienmitteilung vom 15. Februar

Freisinniger Weg durch den Steuerdschungel setzt sich durch

FDP für grundsätzliche Reformen und rasche Verbesserungen

Die FDP will eine Vereinfachung und Verbesserung des Steuersystems. Zu diesem Zweck ist dieses System grundsätzlich zu überdenken. Mit den eingeleiteten Revisionen bei der Familien- und der Unternehmensbesteuerung sowie im Bereich der Mehrwertsteuer hat der Bundesrat den richtigen Weg eingeschlagen. In der Zwischenzeit gilt es, kurzfristige Ärgernisse und Ungerechtigkeiten im Bereich Heiratsstrafe, Mehrwertsteuer und Unternehmensnachfolge zu beseitigen, wie dies die FDP vorgeschlagen hat.

Das schweizerische Steuersystem ist kompliziert und untransparent. Aus diesem Grund hat die FDP eine radikale Vereinfachung dieses Systems gefordert.

Die FDP begrüsst deshalb die vom Bundesrat vorgeschlagene Totalrevision der Mehrwertsteuer. Diese Steuer muss für die Unternehmen einfacher anwendbar sein. Dies ist u.a. mit einem einheitlichen Steuersatz zu erreichen, der unter dem heutigen Maximalsatz liegt. Weil diese Totalrevision entsprechend Zeit braucht, sind unterdessen punktuelle Verbesserungen (Eliminierung des Formalismus) einzuführen, wie sie von der FDP mit drei Vorstössen gefordert wurden. Die FDP erwartet, dass diese Motionen rasch umgesetzt werden.

Die vorgeschlagenen Sofortmassnahmen im Bereich der Familienbesteuerung sind sinnvoll und ebenfalls rasch umzusetzen. Die ungerechte steuerliche Benachteiligung verheirateter Paare ist nicht mehr haltbar. Dass die Heiratsstrafe der Verfassung widerspricht, hat das Bundesgericht klar festgestellt. Mit dem jetzigen Vorschlag erfüllt der Bundesrat die freisinnige Forderung, wonach alle verheirateten Paare entlastet werden sollen, also die beispielsweise auch Einverdienerehepaare und Rentnerinnen und Rentner. Für die FDP ebenfalls zentral ist, dass auf die Mehrbelastung Alleinstehender verzichtet wird. Diese Sofortmassnahme hat keinen präjudizierenden Charakter. Klares Ziel ist die Einführung einer zivilstandsunabhängigen Besteuerung, weil nur diese die völlige Gleichberechtigung verheirateter und unverheirateter Paare herstellt. Der entsprechende Auftrag zur Ausarbeitung einer Vorlage wurde vom Parlament an den Bundesrat erteilt. Die FDP fordert hier ein zügiges Vorgehen. Störmanöver durch die Parteien sind zu unterlassen, weil diese zu einer Verzögerung der Steuergerechtigkeit führen.

Mit der Unternehmenssteuerreform II wurde auch im Bereich der Besteuerung der Unternehmen der richtige Weg eingeschlagen. Die Vorschläge zur Beseitigung störender Ärgernisse befinden sich zurzeit in der parlamentarischen Beratung; sie sind rasch umzusetzen. Danach besteht Bedarf für eine grundsätzliche Reform der Unternehmensbesteuerung.

Damit das schweizerische Steuersystem einfacher, transparenter und gerechter wird, sind die Revisionen in allen Bereichen zügig an die Hand zu nehmen. Wenig sinnvoll ist allerdings eine Verknüpfung der unterschiedlichen Bereiche, weil damit unnötige Verzögerungen entstehen.

EINE SOLIDARITÄTS-PATENSCHAFT für die Zukunft der Kinder



Ja, ich möchte eine Solidaritäts-Patenschaft für Kinder in Not abschliessen.

Ich bezahle monatlich:

Fr. 40.- Fr. _____

Bitte senden Sie mir die Patenschaftsbestätigung zusammen mit den Einzahlungsscheinen.

Bitte senden Sie mir mehr Informationen über die Patenschaften von Terre des hommes.

F12

Name _____

Vorname _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Datum _____

Unterschrift _____

Terre des hommes, Patenbetreuung,
En Budron 88, 1052 Le Mont-sur-Lausanne
Tel 021/654 66 66 • fax 021/654 66 77
E-mail: info@tdh.ch

 Terre des hommes

Kinderhilfe - www.tdh.ch



Hip Hip Hurra

FDP-Frauen Schweiz hocheifrig über Wiederwahl von Marianne Dürst in die Glarner Regierung

Die FDP-Frauen gratulieren ihrer Präsidentin zur Wiederwahl. Die Glarnerinnen und Glarner wollen auch künftig eine Frau in der Kantonsregierung. Die FDP-Frauen werten das ausgezeichnete Resultat auch als Bestätigung für die FDP-Frauen als liberale Kraft innerhalb des Freisinns sowie als moderne bürgerliche Frauenlobby. Marianne Dürst bleibt Präsidentin der FDP-Frauen.

Von Barbara Perriard,
Generalsekretärin FDP-
Frauen Schweiz



Die FDP-Frauen Schweiz freuen sich über die Wiederwahl von Marianne Dürst.

Liberales Frauenlobby

Die FDP-Frauen würdigen das ausgezeichnete Resultat nicht nur als klares Bekenntnis zugunsten der Persönlichkeit und des kantonalen Leistungsausweises von Marianne Dürst, sondern in einem weiteren Sinne auch als Bestätigung und Anerkennung für die Arbeit der freisinnigen Frauen als liberale Kraft innerhalb des Freisinns sowie als moderne bürgerliche Frauenlobby.

Die FDP-Frauen Schweiz sind stolz, dass Marianne Dürst bereit ist, die Frauengruppierung auch in Zukunft mit viel persönlichem Engagement und grossem Einsatz als Präsidentin weiterzuführen.

Esther Gasser folgt auf Elisabeth Gander

Auch aus der Innerschweiz gibt es Erfreuliches aus Frauensicht zu berichten. Im Kanton Obwalden wird Esther Gasser Pflug die Nachfolge von Regierungs-

rätin Elisabeth Gander antreten. Die 37-jährige Unternehmensberaterin und Kantonsrätin wurde in stiller Wahl gewählt. Ob laut oder leise, ist den FDP-Frauen Schweiz einerlei: Wir gratulieren Esther Gasser Pflug ganz herzlich und wünschen ihr alles Gute für die Ausübung ihres neuen Amtes und freuen uns auf die Zusammenarbeit.

Danken möchten die FDP-Frauen Schweiz an dieser Stelle auch Elisabeth Gander für ihren grossen und langjährigen Einsatz für die Frauen und den Freisinn – was aber natürlich nicht bedeutet, dass dieser Einsatz mit dem Rücktritt aus dem Regierungsrat automatisch enden muss.

Daumen drücken für Hanspeter Gass

Ausnahmsweise fordern die FDP-Frauen Schweiz an dieser Stelle die «Freisinn»-Leserinnen und -Leser auch einmal dazu auf, einem Mann die Daumen zu drü-



Esther Gasser folgt auf Elisabeth Gander.

cken. Es handelt sich um Hanspeter Gass, Regierungsrats-Kandidat im Kanton Basel-Stadt. Warum? Hanspeter Gass hat sich 2003 in enger Zusammenarbeit mit den FDP-Frauen Schweiz an vorderster Front für den Mutterschaftsurlaub eingesetzt und den Basler Stützpunkt geleitet. Wer sich so für die Frauen einsetzt, der verdient auch die Unterstützung der FDP-Frauen Schweiz. Die Wahlen finden am 19. März statt. ■

Ganz schön feministisch: Nicole Kidman ist UNIFEM-Botschafterin



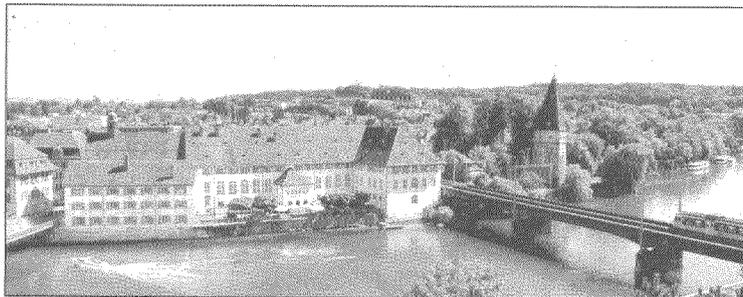
UNIFEM, der Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen für Frauen, hat anlässlich seines 30-jährigen Bestehens die australische Schauspielerin und Oscar-Gewinnerin Nicole Kidman zur Goodwill-Botschafterin ernannt. Nicole Kidman will für die Rechte von Frauen sensibilisieren und sich aktiv gegen Gewalt an Frauen engagieren. Wir freuen uns, Nicole Kidman künftig nicht nur als Stillkone, sondern auch als Vorbild in Sachen Gleichstellung zu bewundern. Ganz schön feministisch eben. (bp)
Mehr zu UNIFEM, Working for Women's Empowerment and Gender Equality über www.unifem.org

Bild: Keystone

GV FDP-Frauen Schweiz

Einladung zur ord. Generalversammlung der FDP-Frauen Schweiz

mit Swiss-Award-Gewinnerin Carla Speziali, FDP-Stadtpräsidentin Locarno



Samstag, 4. März 2006, 10.15 Uhr,
im Alten Spital, Solothurn

Programm

Die Veranstaltung wird simultan übersetzt.

- 9.45–10.15 Uhr Eintreffen der Teilnehmerinnen/Gäste
Begrüssungs-Kaffee/Abgabe der Stimmkarte
- 10.15 Uhr **Ansprache der Präsidentin,**
Regierungsrätin Marianne Dürst
- Statutarische Geschäfte** (keine Übersetzung)
 - Protokoll der Delegiertenversammlung März 2005 (aufliegend)
 - Jahresbericht der Präsidentin (aufliegend)
 - Jahresrechnung 2005
 - Bericht der Kontrollstelle über die Jahresrechnung 2005
 - Budget 2006 (Jahresrechnung/Budget liegen auf)
 - Mitgliederbeiträge
 - Varia

«Elternschaft auf Führungsebene – eigentlich (k)ein Problem»

Referat von Carla Speziali (FDP/TI), Stadtpräsidentin Locarno, Gewinnerin Swiss Award 05

Podiumsdiskussion mit:

- **Petra Huth**, Head Economic & Social Policy, Credit Suisse
- **Prof. Dr. Beat Kappeler**, Publizist
- **Sanja Ronga**, Präsidentin Business & Professional Women BPW Switzerland
- **Markus Schalch**, Finanzchef, Swisscom Solutions AG
- **Carla Speziali**, Stadtpräsidentin Locarno

Bildungsverfassung; Parolenfassung zur eidgenössischen Abstimmung vom 21. Mai 2006

Referat von Prof. Dr. Stefan C. Wolter, Direktor der Schweizerischen Koordinationsstelle für Bildungsforschung

Diskussion und Parolenfassung

Schlusswort der Präsidentin

ab ca. 13.30 Uhr **Stehlunch**

Die Generalversammlung ist öffentlich: Alle interessierten Frauen und Männer sind herzlich eingeladen. Der Eintritt ist frei. Die Kosten für den Stehlunch gehen zulasten der Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Aus organisatorischen Gründen bitten wir um **Anmeldung bis 1. März 2006** an: info@fdp-frauen.ch respektive per Post oder Fax an FDP-Frauen Schweiz, z. H. Barbara Perriard, Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern; Fax 031 320 35 00.

Anreise Tagungsort
Altes Spital Solothurn

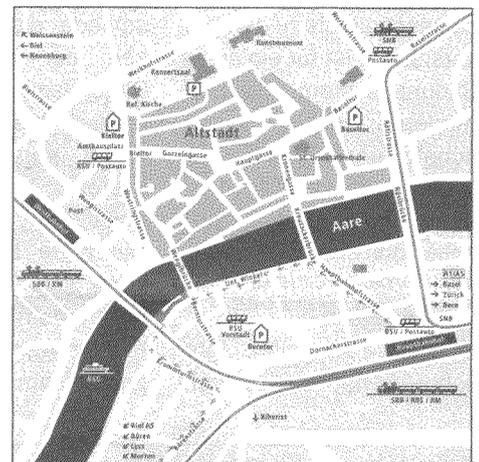
Der Tagungsort Altes Spital Solothurn ist wie folgt erreichbar:

Zu Fuss vom Hauptbahnhof via Hauptbahnhofstrasse, unterer Winkel, Gehdauer ca. 10 Minuten.

Bus Nr. 1, 2, 4, 5, oder 7 ab Hauptbahnhof Richtung Amthausplatz, Haltestelle Vorstadt.

Zufahrt ab Autobahnanschluss A5 Solothurn West via Bürenstrasse/Krummturmstrasse.

Parkhaus Bieltor oder Parkplatz Dornacherplatz benützen.



Anmeldung

zur ordentlichen Generalversammlung
der FDP-Frauen Schweiz

Name: _____

Vorname: _____

Adresse: _____

Wohnort: _____

Mitglied FDP-Frauen: _____

Tel./Mail: _____

- Ich nehme an der GV teil.
- Ich nehme an der GV und am Stehlunch teil.

Ja zu einem harmonisierten Bildungssystem – ja zur Bildungsverfassung!

Die jungfreisinnigen Schweiz sprechen sich klar für die neue Bildungsverfassung aus, die am 21. Mai 2006 zur Abstimmung kommen wird.

Die in der neuen Bildungsverfassung eingeführte Koordinationspflicht für Bund und Kantone im gesamten Bildungsbereich (von der Volksschule bis zu den Universitäten) ist für ein gutes Bildungssystem und eine moderne, mobile Gesellschaft unerlässlich. Die Qualität und die Durchlässigkeit im Bildungswesen sollen nun endlich an erster Stelle stehen und nicht der «Kantönigeist».

In den vergangenen Jahrzehnten hat sich zuneh-

mend gezeigt, dass das fragmentierte Bildungssystem in der Schweiz viele Nachteile mit sich bringt. Das Schuleintrittsalter, welches von Kanton zu Kanton verschieden ist, oder unterschiedliche Lehrpläne und Bewertungssysteme behindern die Mobilität von Familien mit schulpflichtigen Kindern. Zudem erschweren diese Unterschiede die Vergleichbarkeit der verschiedenen Bildungsgänge, was letztendlich die Qualität unseres ganzen Bildungssystems negativ beeinflusst.

Die neue Bildungsverfassung schafft endlich Abhilfe, indem Bund und Kantone angehalten werden, gemeinsam für hohe Quali-

tät und eine hohe Durchlässigkeit im Bildungswesen zu sorgen. Das Schuleintrittsalter, die Dauer und Ziele der Bildungsstufen und die Anerkennung der Abschlüsse werden schweizweit harmonisiert. Zudem erhält der Bund die Kompetenz, Vorschriften zu erlassen, wenn sich die Kantone auf dem Koordinationsweg nicht einigen können. Diese subsidiäre Bundeskompetenz wird den Koordinationswillen der Kantone sanft verstärken, ohne ihnen die Hoheit über das Schulwesen zu entziehen. Des Weiteren begrüssen die jungfreisinnigen grundsätzlich das Bekenntnis zur Gleichwertigkeit von schulischer und beruflicher Ausbildung. Mit dieser Verfas-

sungsänderung kann das gesellschaftliche Ansehen der Berufsbildung gegenüber der gymnasialen Bildung aufgewertet werden. Die jungfreisinnigen möchten aber betonen, dass sich alleine aus der Verfassungsbestimmung keine finanziellen oder rechtlichen Ansprüche ableiten lassen.

Der neue Hochschulartikel als Bestandteil der Bildungsverfassung legt die Grundlage für eine weiterhin weltweit erfolgreiche ETH und EPFL und sichert die Koordination der kantonalen Universitäten. Die jungfreisinnigen begrüssen, dass der Bund neue Kompetenzen im Hochschulbereich erhält, damit auch die kantonalen Universitäten

im internationalen wissenschaftlichen Umfeld wettbewerbsfähig bleiben.

Mit der neuen Bildungsverfassung alleine sind die Probleme des Schweizer Bildungswesen nicht gelöst. Doch wird sie am 21. Mai 2006 angenommen, ist es ein längst fälliger Schritt in die richtige Richtung, um unser Bildungssystem in der Schweiz zu stärken. Deshalb verdient die neue Bildungsverfassung am 21. Mai 2006 die Zustimmung der Stimmbevölkerung. ■

Europäische Jungliberale treffen sich in Winterthur

Vom 4. bis 9. April 2006 treffen sich 200 Vertreterinnen und Vertreter von jungliberalen Parteien aus ganz Europa und der Welt zum Jubiläumskongress.

Die europäische Dachorganisation LYMEC, zu deren Mitgliedern auch die jungfreisinnigen zählen, feiert in der Schweiz ihr 30-jähriges Bestehen. Namhafte Gäste wie Bundesrat Hans-Rudolf Merz und FDP-Präsident Fulvio Pelli werden in Winterthur erwartet.

Den jungfreisinnigen Schweiz ist es gelungen, die grösste Veranstaltung in der Geschichte von LYMEC in der Schweiz organisieren zu können. Vom 4. bis zum 7. April wird ein Seminar zum Thema «Migration und Multikulturalismus» stattfinden.

Im Anschluss darauf werden vom 7. bis zum 9. April die LYMEC-Delegiertenversammlung und der Kongress durchgeführt, welcher sich vor allem der Überarbeitung des Parteiprogramms sowie den

Wahlen des Vorstandes der Organisation widmet.

Erhebliche finanzielle Aufwendungen

Um möglichst vielen Jungliberalen aus ärmeren Regionen Europas eine Teilnahme zu ermöglichen, sind die Organisatoren bestrebt, die Teilnahmekosten möglichst tief anzusetzen. Da diese erheblichen Aufwendungen nicht von den jungfreisinnigen Schweiz alleine gedeckt werden können, sind die Organisatoren auf Sponso-

ringeinnahmen angewiesen. Adrian Ineichen, der Präsident des Organisationskomitees, steht unter adrian.ineichen@lymec2006.org für Fragen zur Verfügung und stellt möglichen Interessenten gerne das ausführliche Sponsoringdossier zu.

Jungfreisinnige und FDP-Mitglieder sind herzlich eingeladen

Das Seminar und der Kongress bieten einzigartige Gelegenheiten, jungliberale Politikerinnen und Politiker

aus Europa kennen zu lernen und einen Meinungsaustausch über Grenzen hinweg zu führen. Die Organisatoren würden sich über zahlreiche Teilnehmer aus der Schweiz freuen. Interessenten wenden sich bitte an den Präsidenten des Organisationskomitees, Adrian Michel. ■

Weitere Informationen:

www.lymec2006.org
info@lymec2006.org

Ein weiterer «weisser Fleck» der Schweiz deckt sich

Innerhalb kurzer Zeit wurde die Gründung der jungfreisinnigen nidwalden auf die Beine gestellt.

Mit viel Elan und Engagement haben die Initianten, Peter Zwysig und Urs

Christen aus Beckenried, 22 junge Nidwaldner motiviert, aktiv am Politikgeschehen teilzunehmen. Am 12. Januar 2006 war es dann endlich so weit – an der Gründungsversammlung wurde einer der letzten weissen Flecke der jungfrei-

sinnigen gedeckt. Ein Vorstand voller Tatendrang und engagierte Mitglieder wollen in Nidwalden einiges erreichen!

Als Erstes möchten die jungfreisinnigen nidwalden, dass man sie kennt. Alle Nidwaldner und Nidwaldnerinnen sollen wissen, dass sich etwas tut in der Nidwaldner Parteien-Landschaft. Mit gezielten Inseraten in der lokalen Presse und diversen Aktionen werde man auf sich aufmerksam machen. Den Jugend-Bonus werde man aktiv einsetzen und mit frischen und frechen Slogans auftreten. Die eigene Website www.jfnw.ch wird in den nächsten Tagen aufgeschaltet. Damit alle Interessierten wissen, was bei den jungfreisinnigen läuft, wird der Newsletter alle sechs Wochen erscheinen.

Bereits bei der Mitgliedsuche war schnell erkennbar, dass vielen Jugendlichen die Politik fremd ist.

Um diesem Umstand entgegenzuwirken, werden Politikforen ins Leben gerufen. Zu aktuellen Themen – oder auch zur Staatsorganisation – werden solche Info-Anlässe durchgeführt. Ziel ist es, die Informationen möglichst einfach und verständlich zu vermitteln – von Jungen für Junge! Neben Vorträgen wird natürlich auch noch Zeit bleiben, um gemeinsam zu diskutieren.

Die jungfreisinnigen wollen die Partei der Jungen sein. Die Anliegen der Jugendlichen sollen erkannt und in die Politik eingebracht werden. Dies natürlich auf bürgerliche Art und Weise, schliesslich sind wir klar auf der Wellenlänge der FDP. Durch die vielen Mitglieder verfügen wir bereits jetzt über ein breites Netz und kennen die Anliegen der Jugendlichen.

Mit all diesen Anstrengungen sind wir überzeugt, dass wir unzählige junge

Leute für die Politik gewinnen können. Nebst deutlicher Steigerung unserer Mitgliederzahl möchten wir in absehbarer Zeit auch Kandidaten für Wahlen aufstellen. Auf kommunaler Ebene werden wir nach Möglichkeit bereits 2006 aktiv werden. Für die Landratswahlen vom 26. März 2006 stehen wir klar hinter den Kandidaten der FDP und werden diese auch unterstützen.

Die jungfreisinnigen nidwalden werden als eigenständige Partei vor Abstimmungen jeweils ihre eigenen Parolen fassen und zu aktuellen Themen – sei es im Kanton oder auch darüber hinaus – Stellung nehmen. In den Abstimmungskampf werden wir in der zweiten Jahreshälfte einsteigen. Zusammen mit den jungfreisinnigen schweiz werden wir die KOSA-Initiative aktiv bekämpfen. ■

Die **Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP)** sucht per 1. Mai oder nach Absprache zur Besetzung einer 80–90%-Stelle eine/einen mit der Informatik vertraute/vertrauten

Webmasterin/ Webmaster

Ihr Aufgabenbereich:

- Betreuung des Webportals der FDP Schweiz (CMS-System)
- Web-Schulung und Support für Kantonal- und Ortsparteien
- Betreuung des Netzwerks und der PC-Infrastruktur des Generalsekretariats (Microsoft-Produkte)
- Aufbau und Betreuung der FDP-Adressverwaltung
- Datenbewirtschaftung und -gewinnung

Ihr Profil:

- Sie verfügen über eine fundierte Fachausbildung und Erfahrung im Bereich Informatik/Web
- Sie interessieren sich für Politik
- Sie beherrschen Deutsch/Französisch in Wort und Schrift
- Sie bewältigen unvorhergesehene Situationen und behalten auch in hektischen Momenten die Übersicht
- Sie sind zeitlich flexibel, kundenorientiert, teamfähig, loyal und belastbar

Falls Sie diese interessante Aufgabe am Puls der Schweizer Politik in einem jungen Team interessiert, freuen wir uns auf Ihre Bewerbung.

Die üblichen Unterlagen richten Sie bitte an die FDP der Schweiz, Christian Weber, Leiter Organisation und Kommunikation, Postfach 6136, 3001 Bern, Mail weber@fdp.ch, Tel. 031 320 35 35.

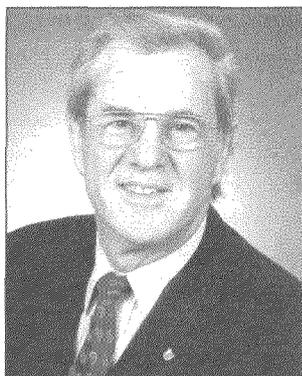
FDP 
Freisinnig-Demokratische Partei



Der «Freisinn»-Rätzelonkel

Der Vater des beliebten «Freisinn»-Rätsels im Gespräch

Die «Freisinn»-Leserinnen und -Leser lieben es: das etwas andere «Freisinn»-Rätsel! Mehrere Hundert Leserinnen und Leser senden uns das Lösungswort jeweils zu. Die vielen Knobler, die das Rätsel zwar machen und dann nicht abschicken, nichtmitgezählt. Höchste Zeit also, den Vater der geliebten «Freisinn»-Rätsel vorzustellen.



Walter Vogel

«Freisinn»: Walter Vogel, Ausgabe um Ausgabe erstellen Sie für den «Schweizer Freisinn» ein Kreuzworträtsel. Seit wann erstellen Sie diese Rätsel für den «Schweizer Freisinn»?

Walter Vogel: Es dürften etwa fünf Jahre sein. Die ersten drei bis vier Rätsel pro Jahr wurden im Hinblick auf eidgenössische Abstimmungen zusammengestellt und enthielten offen oder versteckt meist eine kleine Werbung für die «Freisinn»-ige Parole.

Wie kommt man dazu, Kreuzworträtsel zu machen?

Begonnen hat es vor vierzig Jahren aus der Freude an Wortkombinationen mit anspruchsvollen und doch locker formulierten Rätselfragen für den «Nebenspalter». Gestützt auf den damaligen Aufruf des Chefredaktors machte ich während eines ausbildungsbedingten Paris-Aufenthalts einen ersten handgeschriebenen Versuch, der auch gleich ak-

zeptiert wurde, allerdings mit der Aufforderung, die Fragen künftig mit der Schreibmaschine zu schreiben.

Ich nehme an, Sie verwenden eine spezielle Computersoftware, um die Rätsel zu entwerfen?

Für den Rätselentwurf ist der Computer von seinem eher unschweizerischen und politisch unbedarften Wortschatz her untauglich, vielleicht sogar zu dumm. Also setze ich mich vor ein leeres Blatt, notiere mir für ein Thema 10 bis 20 Wörter und versuche, das Schema mit Bleistift, unterstützt vom Radiergummi, allmählich zu füllen. Einzig für die druckfertige Ausfertigung wird dann noch der PC eingesetzt.

Nun, die «Freisinn»-Rätsel sind ja immer etwas Besonderes, woher schöpfen Sie Ihre Ideen?

Die Rätsel nehmen nach Möglichkeit ein politisches Thema und die dazugehörigen Personen auf, be-

sonders helfen mir dabei die Internetseiten des «Schweizer Freisinns». Auch in den Parlamenten wird so gescheit geredet, dass sie meist aktuell etwas für die Rätselrunde hergeben. Mit einem Augenzwinkern werden dann völlig ernste Begriffe und Absichten leicht ironisch umschrieben und – so hoffe ich – wird damit trockener Politik auch ein Schmunzeln abgewonnen.

Kreieren Sie noch für andere Zeitungen Kreuzworträtsel?

Im Wesentlichen ist es die «Thurgauer Zeitung», die jede Woche ein eher kantons- und regionsbezogenes Rätsel von mir bringt.

Sind Sie denn «nur» ein begeisteter Rätselmacher oder lösen Sie ab und zu auch selber eins?

Da es nicht einfach ist, bei den Fragen den richtigen Schwierigkeitsgrad zu finden, versuche ich mich zur eigenen Qualitätskontrolle auch an Fremdprodukten; meist erfolgreich gelangweilt.

Haben Sie bei einem Kreuzworträtsel schon mal einen Preis gewonnen?

Ich habe mich einmal in der Schweizerischen Rätselmeisterschaft getestet und bei regionalen Ausscheidungen den zweiten Rang erreicht, auf schweizerischer Ebene dann aber

kläglich versagt. Es muss dort Rätselprofis geben, die täglich 2 bis 3 Stunden über gekreuzten Wörtern brüten und ein entsprechendes Denkschema entwickeln.

Ist denn die Arbeit im Thurgauer Kantonsrat, dem Sie seit 22 Jahren angehören, so langweilig, dass man sich mit Rätseln beschäftigen muss?

Offen gestanden habe ich schon die Kolleginnen und Kollegen am Tisch mit Rätseln bedient, man muss sich im Rat schliesslich mit Denken auch sinnvoll beschäftigen können. Das eher sportlich ausgeübte Grossratsmandat habe ich aber als Dienst an der Öffentlichkeit positiv, notwen-

dig und in den verschiedenen Chargen der Fraktion und vieler Kommissionen interessant gefunden. Wäre ein gewisser Erfolg ausgeblieben, hätten ich und wohl auch meine Wählerinnen und Wähler längst das Handtuch geworfen.

Warum sind Sie eigentlich gerade bei der FDP?

Weil sie die besten Vor- und Nachdenker und -innen hat – nein im Ernst: Als ich vorerst als Parteiloser in ein Amt in Frauenfeld portiert wurde, erkannte ich, dass man in der Politik Seilschaften braucht. Ohne dabei gleich ans Gängelband zu kommen, geniesse ich bei der FDP die Freiheit liberalen Denkens und Handelns, gefordert auch von Quer- und Andersdenkenden.

Das Gespräch mit Walter Vogel führte Stefan Nobs, «Freisinn»-Redaktor.

Zur Person

Alter: Vorkriegsware von 1937

Beruflicher Werdegang:

Primarlehrerausbildung im Seminar Kreuzlingen. Tätigkeit an der Primarschule Oberaach TG anschliessend Sekundarlehrerstudium der mathematisch-naturwissenschaftlichen Richtung an der Universität Zürich. 40 Jahre Sekundarlehrer in Frauenfeld.

Politischer Werdegang:

Gemeinderat von Frauenfeld (Präsidium 1982/83), Kantonsrat in der «Freisinn»-igen Fraktion (Präsidium 1989/90) und 1987–2003 Präsident des evangelischen Kirchenrates.

Liebste Tätigkeit:

Kreatives Denken und Gestalten, im Wechsel mit Beruf, politischen und kirchlichen Ämtern.

Lieblings-Essen:

Als Thurgauer wechsle ich zwischen Züri-Gschneztlets und Berner-Platte.

Mit wem würden Sie dieses Essen am liebsten einnehmen?

In der Familie, bis und mit den drei Enkelkindern.

In der Fasnacht auch politisch genutzt

hier kocht der Smutje Labskaus	↖	Velo mit Motörli	↘	bei Busch mit Max, im Bundesrat m. Christoph	↖	die rosenfingrige Eos im alten Rom	↘	soll privatisiert werden, meinen Bundesräte	↖	heute heisst er Chef oder Boss	↘	oft steiniger Aufstieg zur Teppichetage	↖	unser launiger Bundespräsident	↘	Lattenhag sie hat das Sagen im Kanton
										kleidet Pfarrer u. Richter singt in Turandot			2			
Foreign Office, engl. Ausserministerium	→			hier bekam Karl der Kühne aufs Dach		St. Galler Abteilstädtchen	→					spätes Eingeständnis Erziehungs-Departem.	→			
							1									
Bundestiefschlag gegen Föderalismus	→	steht im Anwaltstitel	→			wissenschaftlich-gelehrte Schreibe	→									Tantal als französisches Fürwort
will man den Lastwagen vermiesen	→			3						ein meist deutscher Spass	→	taucht nicht nur in Peking	→		6	
fortissimo, stark in der Partitur	→	kommt vom Auspuff in Lungenbläschen				kopflastiger Schweizer Rohstoff	→	altes Stossstangenelement		8	anbaufähig, zur Bepflanzung nutzbar	→				4
	↖	↘	7	er fließt spanisch Isaak in Genf	→					CH-Maler mit dem würdigen Museum	→			5		wo einst der Henker knüpfte
						10	Waffe des Kassenwartes		ziemlich verrufene Kneipe	↘	wo Merz langsam schwarz sieht	→	tröpft erst mit Vokalen vom Dach			
Heinrich der Kleine Insel der Geysire	→			Klosterinsel im Zürcher Weinland				neues Schweizer Fernsehen	↘		nota bene als kleiner Nachsatz	→	kleiner Filmscherz franz. Unteroffizier			
wohlriechende Pflanze wie Baldrian	→							liegt haarig im Atelier	→						9	
Finanzchefs klettern daran herum	→			11												Faserpflanze in und aus Amerika
Maitte, die ehemalige Weltmeisterin	→	Teil d. Curlingspieles Modehaus in Paris	→					Los Angeles arabisches Oberhaupt	→		ein Mass, eher für Wein als für Schnaps	→	billig ehrenamtlich 100 m2 Bauplatz	→	12	
								kleine Besichtigung arabisches Oberhaupt	↘							
						bekannter Vorgänger der Kanzlerin	→									liegt noch rot im Schweizer Geldbeutel
Bündner Piz der Silvretta-gruppe	→					antike Siegesgöttin an neuen Schuhen	→	13			steckt im auch im politischen Rückgrat	→				
Schlange oder Federumhang	→	so manch guter geht oft schnell kaputt	→			Parlamentskammer als Rat der Alten	→							14	per exemple wie z.B.	

Gewinnen Sie eines der stilvollen FDP-Accessoires!

1. Preis
eine FDP-Konferenzmappe und ein FDP-Schirm für Sitzungen an Regentagen

2. und 3. Preis
je nach Gewinner: ein FDP-Foulard oder eine FDP-Krawatte

So machen Sie mit: Schreiben Sie bis zum 12. März 2006 eine Postkarte oder eine E-Mail mit dem Lösungswort und Ihrem Namen und Adresse an:

Generalsekretariat FDP
«Freisinn-Rätsel»
z.Hd. Stefan Nobs
Postfach 6136
3001 Bern
raetsel@fdp.ch

Die Gewinnerinnen und Gewinner werden ausgelost und persönlich benachrichtigt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Lösungswort:

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----	----

Sternstunden und nicht Sternstunde



Der neue Praktikant Lorenz Keller zieht die Gewinner.

STERNSTUNDEN lautete das Lösungswort des Preisrätsels im Februar «Freisinn». 314 Leserinnen und Leser (173 via Postkarte und 141 per E-Mail) liessen uns die richtige Lösung zukommen. Unter den Einsendungen waren aber auch ungewohnt viele Zusendungen mit dem Wort STERNSTUNDE (Singular). Aus Gründen der Fairness gegenüber jenen 314 Einsendern, welche das richtige Lösungswort eingeschickt hatten, konnte die «Freisinn»-Redaktion diese Zuschriften für die Ziehung leider nicht berücksichtigen.

Aus den Einsendungen zog Lorenz Keller, neuer Praktikant bei der FDP Schweiz, folgende glücklichen Gewinner:

1. Preis:

1 FDP-Konferenzmappe und ein FDP-Schirm

Susanne Natter (per E-Mail)

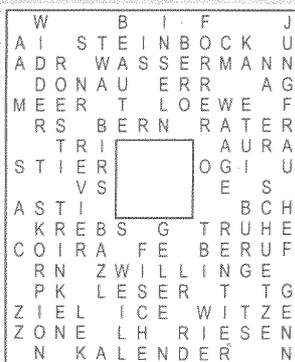
2. und 3. Preis: je nach Gewinner/in: ein FDP-Foulard oder eine FDP-Krawatte

Stephanie Gasser, Derendingen

Leni Gonzenbach-Mibus, Obernau

Die «Freisinn»-Redaktion wünscht allen Gewinnern viel Spass mit ihrem Preis.

Lösung «Freisinn» Nr. 1/Januar/Februar



Lösungswort:

STERNSTUNDEN

Agenda

Termine

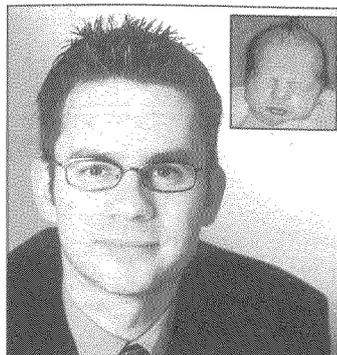
- 25. Februar Fachtagung «Städtepolitik» in Biel
- 6.–24. März Frühjahrssession in Bern
- 6. März Groupe Latin
- 9. März Geschäftsleitungs-Seminar
- 14. März Apéritif der Fraktion mit der FDP-Vereinigung der Angestellten des Bundes
- 31. März Sekretärenkonferenz (GL)
- 31. März Präsidentenkonferenz und Geschäftsleitung (GL)
- 31. März Ord. Delegiertenversammlung 1. Teil (GL)
- 1. April Ord. Delegiertenversammlung 2. Teil (GL)
- 8.–12. Mai Sondersession
- 18. Mai Bundesratsparteien-Gespräche
- 19. Mai Von-Wattenwyl-Gespräche
- 21. Mai Eidgenössische Volksabstimmung (Neuordnung der Verfassungsbestimmungen zur Bildung)
- 26./27. Mai Vorsektionale Fraktionssitzung

Neuer Praktikant im Generalsekretariat

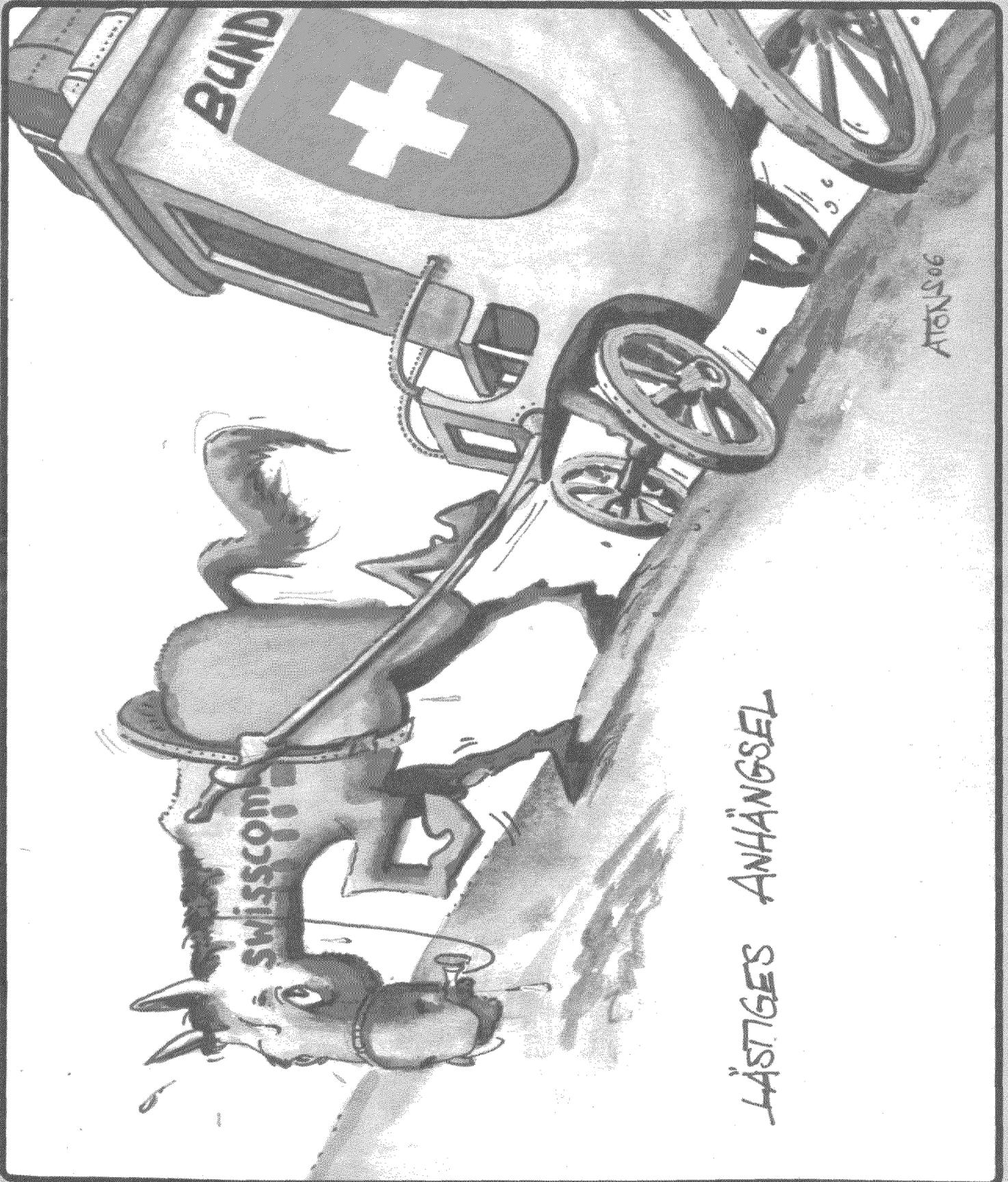
Am 13. Februar hat Lorenz Keller sein Praktikum auf dem Generalsekretariat der FDP Schweiz begonnen. Dieses wird bis Mitte Juli dauern. Der 25-jährige Keller ist in Stein am Rhein (SH) aufgewachsen. Zurzeit studiert er Psychologie und Politologie an der Universität Zürich.

Mit dem Antritt von Lorenz Keller endet das Praktikum von Regula Dütschler, welche seit Anfang Jahr im Generalsekretariat arbeitete. Die «Freisinn»-Redaktion wünscht der Abgängerin und dem Antretenden viel Erfolg.

Schommer junior



Der FDP-Generalsekretär Guido Schommer ist zum zweiten Mal Vater geworden. Seine Ehefrau Andrea brachte am 8. Februar einen Sohn namens Yann Frédéric zur Welt. Der kleine Schommer misst 48 Zentimeter und wiegt 2880 Gramm. Die «Freisinn»-Redaktion gratuliert und wünscht der vergrösserten Familie Schommer alles Gute.



Karikatur: Andreas Töns

blockkieren?

jammern?

Initiative pro Wachstum

**Unterschriften
sammeln!**

Den Wohlstand erhalten. Mit Sicherheit!

www.wachstum.ch

FDP 

Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz